

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Wolf Grabendorff
Entwicklungsperspektiven
und Entwicklungspole
Lateinamerikas

Boris Goldenberg
Die kubanische Revolution
1959—1976
Darstellung und Analyse

ISSN 0479-611 X

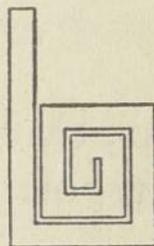
B 13/79
31. März 1979

Wolf Grabendorff, Dipl.-Pol., geb. 1940, 1972—74 ARD-Fernsehkorrespondent für Lateinamerika, seit 1975 Lateinamerika-Referent bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (Ebenhausen/Isar).

Veröffentlichungen u. a.: Lateinamerika — wohin?, München 1974; Lateinamerika — Kontinent in der Krise (Hrsg.), Hamburg 1973; Brasilien: Entwicklungsmodell und Außenpolitik (zusammen mit Manfred Nitsch), München 1977. Zahlreiche Beiträge zur Innen- und Außenpolitik lateinamerikanischer Staaten in Fachzeitschriften und Sammelwerken.

Boris Goldenberg, Dr. phil., geb. 1905 in St. Petersburg (Leningrad); 1914—1933 in Deutschland (Berlin), 1933—1941 in Frankreich, 1941—1960 auf Kuba; ab 1949 Lehrer an kubanisch-nordamerikanischen Oberschulen; 1960—1963 in London als freier Schriftsteller; 1964—1971 Leiter der Lateinamerika-Redaktion der Deutschen Welle, Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Karl Marx. Ausgewählte Schriften (hrsg. u. eingel.), München 1963; Gewerkschaften in Lateinamerika, Hannover 1963; Lateinamerika und die Kubanische Revolution, Köln—Berlin 1963; Kommunismus in Lateinamerika, Stuttgart 1971; Lateinamerika, in: Jahrbücher der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik 1958—1960, 1962, 1963, 1966—1967, 1968—1969, München—Wien 1971 ff.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,72 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Entwicklungsperspektiven und Entwicklungspole Lateinamerikas

I. Lateinamerika als Region

Geschichte wird auch in Lateinamerika nicht nach Dekaden, sondern nach Ereignissen gemessen. Dennoch bieten die zwei Jahrzehnte seit der kubanischen Revolution einen Anlaß, bestimmte Entwicklungen und Tendenzen in ganz Lateinamerika aufzuzeigen. Mit dem Ausbrechen Kubas aus dem interamerikanischen System begann für Lateinamerika eine zweite Dekolonisierungsphase. Da die meisten Staaten der Region zwar sehr früh ihre politische, bisher jedoch keine wirtschaftliche Unabhängigkeit erringen konnten, markierte der Ausbruch Kubas aus der Abhängigkeit von den USA den Beginn einer neuen Ära.

Seither ist Lateinamerika ein Kontinent in der Krise. Trotz vieler gemeinsamer Entwicklungsprobleme und Abhängigkeiten haben sich die einzelnen Staaten in den letzten zwanzig Jahren doch sehr unterschiedlich entwickelt. Das Nebeneinander sehr ungleicher Entwicklungsstufen — selbst innerhalb einiger Staaten — erlaubt kaum mehr, von einem einheitlichen Entwicklungstrend zu sprechen. Die wirtschaftlichen Strukturen und politischen Systeme in der Region lassen sich nicht zuletzt auch deshalb so schwer vergleichen, weil die betreffenden Staaten in unterschiedlichem Maße ins internationale System integriert worden sind. So hat der wirtschaftliche Aufschwung für einen großen Teil der Staaten gleichzeitig neue Abhängigkeiten mit sich gebracht. Dies gilt insbesondere für die kleineren Länder, die nicht mehr allein von den Industrienationen, sondern zusätzlich auch von den Entwicklungspolen innerhalb der Region abhängig geworden sind. Zu diesen Entwicklungspolen zählen unbestritten Mexiko und Brasilien, während Venezuela und Argentinien zwar ein gewisses Potential für eine solche Position besitzen, aber aus wirtschaftlichen und/oder politischen Gründen nicht an den Einfluß Mexikos und Brasiliens heranreichen.

Es ist sicherlich ein Wagnis, die Trends, die sich in den letzten zwanzig Jahren lateiname-

rikanischer Entwicklung gezeigt haben, in die Zukunft zu projizieren. Es lassen sich jedoch aus dem innerstaatlichen und außenpolitischen Verhalten gewisse Schlußfolgerungen ziehen: Die Entwicklungen der wirtschaftlichen und politischen Systeme gleichen Wellen, die mit national sehr unterschiedlichen Frequenzen immer wiederkehren. Die sich daraus ergebende „Stabilität der Instabilität“ ergibt gewisse Anhaltspunkte für die Perspektiven Lateinamerikas in den achtziger Jahren.

1. Internationale Position

Ohne Zweifel gehören die meisten Staaten Lateinamerikas zu den „zu spät Gekommenen“ im internationalen System, insbesondere im Vergleich zu jenen anderen Staaten der Welt, die ebenfalls zu Beginn des 19. Jahrhunderts ihre Unabhängigkeit errangen. Bis

INHALT

- I. Lateinamerika als Region
 - 1. Internationale Position
 - 2. Regionale Kooperation
 - 3. Wirtschaftliche Strukturen
 - 4. Politische Systeme
- II. Regionale Entwicklungspole
 - 1. Mexiko
 - 2. Brasilien
 - 3. Venezuela
 - 4. Argentinien
- III. Zehn Thesen zur Entwicklung Lateinamerikas in den achtziger Jahren

zur kubanischen Revolution spielten die Staaten Lateinamerikas eine relativ unwichtige Rolle in der internationalen Politik, und es ist müßig, darüber zu spekulieren, was die ausschlaggebenden Gründe dafür waren. Seit 1959 hingegen ist Lateinamerika sehr rasch ein bedeutsamer Faktor auf der Bühne der Weltpolitik geworden. Im Vergleich zu anderen Regionen der Welt hat insbesondere der Einfluß einiger seiner Schlüsselländer wie

Bei diesem Beitrag handelt es sich um die überarbeitete Fassung eines am 8. Oktober 1978 vor dem Ibero-Club in Bonn gehaltenen Vortrags.

Brasilien, Mexiko, Argentinien, Venezuela und auch Kuba, überproportional zugenommen. In gleichem Maße haben auch die innerhalb der Dritten Welt vergleichsweise beachtlichen wirtschaftlichen Zuwachsraten, der hohe Kapitaltransfer aus den Industrienationen und der Reichtum an mineralischen Rohstoffen ebenso wie die landwirtschaftlichen Ressourcen Lateinamerika zu einem wichtigen Partner der Weltwirtschaft werden lassen.

Gerade diese starke Integration in das weltwirtschaftliche Netz und die damit verbundene Abhängigkeit von den Industrieländern läßt Lateinamerika in seinen politischen Positionen zwischen den Industrieländern und der Dritten Welt schwanken. Kulturell verstehen sich seine Eliten ohne Zweifel als Teil des Westens, doch setzt sich bei vielen langsam die Einsicht durch, daß ihre Länder strukturell denen der Dritten Welt wesentlich ähnlicher sind als den Industrienationen.

In manchen Eliten ist aus dieser Haltung eine Art Ideologie entstanden, die gut zu der Tatsache zu passen scheint, daß sich einige Staaten als Aufsteiger im internationalen System verstehen. Analog zu dem innergesellschaftlichen Klassenschema sehen sie in der internationalen Hierarchie eine Aufteilung in Ober-, Mittel- und Unterschicht. Dabei verkörpern die westlichen Industrieländer und Japan die Oberschicht und die armen Staaten der Dritten Welt die Unterschicht. Sie selbst rechnen sich — ebenso wie einen Teil der sozialistischen Länder — zur Mittelklasse. Aus diesem Selbstverständnis heraus verbünden sich diese lateinamerikanischen Staaten je nach Interessenlage entweder mit der Oberschicht in der internationalen Hierarchie oder mit dem internationalen „Proletariat“ — also den armen Ländern — gegen den „Club der Reichen“. Ihre Zielvorstellungen sind dabei eindeutig. Es geht ihnen um die eigene wirtschaftliche Absicherung und um ein Mitspracherecht im internationalen System. Ob sich diese Politik der wechselnden Allianzen langfristig auszahlen wird, läßt sich noch nicht absehen.

Die außenpolitische Emanzipation Lateinamerikas hat naturgemäß — aufgrund der unterschiedlichen Interessen — zu einer wachsenden Distanz zu den USA geführt. Gleichzeitig orientierte sich die Region aber auch stärker nach Europa hin. In dem Maße, wie sich die Außenbeziehungen Lateinamerikas diversifizierten, hat auch das Interesse anderer wirt-

schaftlicher und politischer Mächte an der Region zugenommen. Das gilt besonders für Westeuropa und Japan, in geringerem Maße aber auch für die sozialistischen Länder und China. Die Politik der Diversifizierung nach außen wird auch künftig die internationale Position der lateinamerikanischen Länder kennzeichnen. Dabei versuchen einige, sich alle Optionen offenzuhalten. Insbesondere Brasilien und Kuba werden auch in Zukunft die Vorreiter für eine nicht nur regionale, sondern globale lateinamerikanische Außenpolitik sein. Beide verstehen sich aus unterschiedlichen Gründen als Bindeglieder zwischen verschiedenen Welten: Kuba als Scharnier zwischen der Dritten Welt und dem sozialistischen Lager und Brasilien — stellvertretend für einen großen Teil des Kontinents — als Scharnier zwischen Erster und Dritter Welt.

Lateinamerika wird auch in Zukunft bei der Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung eine sehr wichtige Rolle spielen. Mit den zunehmenden Möglichkeiten, eigene Interessen durchzusetzen, werden die lateinamerikanischen Länder auf traditionelle Bindungen — gegenüber den USA und auch Europa — immer weniger Rücksicht nehmen. Dem steht freilich gegenüber, daß viele Staaten der Region ihr internationales politisches Gewicht zum großen Teil gerade aus der engen Kooperation mit den westlichen Industrieländern beziehen. Ihr politischer Einfluß im internationalen System sagt jedoch wenig über ihre Fähigkeit aus, im eigenen Land Unterentwicklung oder Abhängigkeit zu überwinden.

2. Regionale Kooperation

Trotz mehr als dreißigjähriger Bemühungen der CEPAL, der regionalen UN-Organisation zur wirtschaftlichen Entwicklung Lateinamerikas, sind die von ihr ausgehenden Integrationsansätze relativ erfolglos geblieben. Die Formen der regionalen Kooperation haben sich freilich im Laufe der Jahre immer wieder geändert. Die CEPAL war davon ausgegangen, daß sich die Volkswirtschaften im regionalen Rahmen leichter modernisieren lassen würden, wobei sich jedes Land in dem Bereich industrialisieren sollte, wo seine stärksten komparativen Vorteile lägen. Das Entwicklungsziel der regionalen Integration war, langfristig auch in Lateinamerika einen gemeinsamen Markt zu schaffen. Insbesondere der Zentralamerikanische Gemeinsame Markt

(MCCA) und die Lateinamerikanische Freihandelszone (ALALC) wurden als Durchgangsstadien zu einer Entwicklung angesehen, der die Europäische Gemeinschaft langfristig als Vorbild dienen sollte. Während im MCCA rasche intraregionale Handelsverbesserungen erzielt wurden, blieben innerhalb der ALALC die Bemühungen zur Koordination des Außenhandels und der Industrialisierungspolitik weitgehend stecken. Auch mußten die kleineren Mitgliedstaaten bald erkennen, daß die ABM-Staaten (Argentinien, Brasilien und Mexiko) aufgrund ihrer stärker fortgeschrittenen Industrialisierung fast alle Vorteile der Lateinamerikanischen Freihandelszone auf sich vereinigten.

Als sich in den späten sechziger Jahren in Lateinamerika dann die Einsicht durchsetzte, daß eine regionale Integration nur zwischen Staaten mit annähernd ähnlichem Entwicklungsstand möglich sein würde, wurde der Anden-Pakt gegründet. Diese Zollunion sah die Harmonisierung der industriellen Entwicklungsprogramme, die Integration der Infrastruktur und auch eine umfangreiche finanzielle Zusammenarbeit der Mitgliedsländer (Bolivien, Chile, Ecuador, Kolumbien, Peru, Venezuela) vor. Aus der regionalen Verteilung der industriellen Entwicklungszentren und den Restriktionen für Auslandsinvestitionen erwuchs bald ein politischer Konflikt zwischen den Ländern des Anden-Pakts. Die Differenzen führten 1976 zum Austritt Chiles; seither sind trotz unbestreitbarer wirtschaftlicher Erfolge von diesem Integrationsmodell keine wesentlichen Entwicklungsimpulse mehr ausgegangen.

Nach dem weitgehenden Scheitern dieser regionalen Kooperationsansätze wurde 1975 durch die Gründung des Lateinamerikanischen Wirtschaftssystems (SELA) der Versuch einer neuen regionalen Kooperationsform gestartet. Die ALALC und der MCCA hatten vor allem den Freihandel betont und die Ausfüllung der Integrationsansätze privaten — zumeist multinationalen — Unternehmen überlassen. Der Anden-Pakt seinerseits hatte versucht, stärker entwicklungspolitische Akzente zu setzen und die Rolle des Staates im Integrationsprozeß aufzuwerten. SELA schließlich wurde aufgrund der bisher gemachten Erfahrungen als Koordinationsinstrument für zwischenstaatliche Kooperation im Wirtschaftsbereich konzipiert. Das Lateinamerikanische Wirtschaftssystem verfolgt den doppelten Zweck, nach innen flexible Inte-

grationsmechanismen anzubieten und nach außen „bargaining power“ gegenüber den Industrienationen aufzubauen. Diese neue Kooperationsform ist typisch für das erhöhte Engagement des Staates in Fragen wirtschaftlicher Zusammenarbeit in Lateinamerika. Diese Entwicklung entspricht der allgemeinen Tendenz in der Dritten Welt zur Betonung der „collective self-reliance“.

Langfristig wird sich darüber hinaus die regionale Kooperation aufgrund neuer Machtverhältnisse noch stärker als bisher an den neuen Entwicklungspolen orientieren, in deren Einzugsbereich eine informelle wirtschaftliche Integration zustande kommen dürfte. Dies führt freilich gleichzeitig zu einer erhöhten Konfliktgefahr, so daß regionale Ressourcen-Konflikte in Zukunft nicht ausgeschlossen werden können. Andererseits ergeben sich aber im Gegensatz zu den bisherigen Kooperationsansätzen auch bessere Wachstumsaussichten, die allerdings in erster Linie den Entwicklungspolen selbst zugute kommen dürften. Insofern wird langfristig die regionale Kooperation nicht zur Überwindung des intraregionalen Entwicklungsgefälles beitragen, sondern es eher noch verstärken.

3. Wirtschaftliche Strukturen

Trotz beachtlicher Zuwachsraten in den letzten Jahren — vor allem in einigen Ländern Lateinamerikas — ist der wirtschaftliche Fortschritt der Region nur auf einige wenige Bereiche beschränkt geblieben. Es ist bisher in den meisten Ländern kaum gelungen, relativ stabile interne Wirtschaftssysteme aufzubauen. Die Abhängigkeit von externer Kapital- und Technologiezufuhr hat sich in dem Maße verstärkt, in dem die Länder der Region über ihre traditionellen Exportprodukte hinaus auch Fertigwaren für den Weltmarkt zu produzieren begannen, für deren Produktion sie auf den Import von Investitionsgütern und moderner Technologie angewiesen sind. Um die dafür notwendigen Devisen zu erwirtschaften, müssen die meisten lateinamerikanischen Länder vorwiegend für den Export produzieren, so daß diese Industrialisierung nur in den wenigsten Fällen auf die Bedürfnisse der Mehrheit der eigenen Bevölkerung abgestellt ist.

So stellt sich Lateinamerika heute als eine halb industrialisierte Region dar, die in etwa die industrielle Produktion der Europäischen Gemeinschaft von 1950 erreicht hat. Bis 1990

dürfte Lateinamerika die industrielle Produktion der EG von 1970 erreichen. Diese Aussicht darf allerdings nicht zu der Annahme verleiten, daß damit auch ein ähnlicher Wohlstand verbunden sein wird, da die Bevölkerung Lateinamerikas doppelt so schnell wächst wie die der EG.

In der Zukunft dürfte sich die schon heute sehr ungleichgewichtige regionale und soziale Entwicklung noch verstärken, weil sich vor allem die Entwicklungspole bemühen werden, die regionalen und internationalen Ressourcen auf sich zu konzentrieren. Hinzu kommt, daß die Notwendigkeit, mit den sozialen Problemen in ihren Ländern fertigzuwerden, die Eliten der jeweiligen Staaten zu einer wesentlich umfangreicheren dirigistischen Planung zwingt, als das in den Industrieländern der Fall ist. Eine solche Entwicklung wird sich nur bedingt mit der bisherigen Integration Lateinamerikas in den Weltmarkt vereinbaren lassen. Ohnehin stoßen viele der Produkte, die Lateinamerika an die Industrieländer verkaufen will, dort auf Zollbarrieren und andere Handelshemmnisse. Insofern bietet sich für viele lateinamerikanische Staaten als einzige Lösung ihrer Entwicklungsprobleme eine zunehmende Ausweitung des Binnenmarktes an. Eine solche Veränderung wird freilich nicht nur die Produkt- und Sozialstrukturen in den einzelnen Ländern beeinflussen, sondern auch die Beziehungen zu den Industrienationen außerordentlich belasten. Denn eine binnenmarktorientierte Entwicklung muß anderen Gesetzen gehorchen als die bisher in Lateinamerika vorherrschende abhängige Industrialisierung. Zu den wesentlichen Zielen einer solchen binnenmarktorientierten Entwicklung gehört die Befriedigung von Grundbedürfnissen der Bevölkerung. Dies läßt sich jedoch nur durch eine Änderung der bisherigen Einkommensverteilung erreichen.

Gerade unter diesem Aspekt aber wäre es für die entwickelteren Länder Lateinamerikas besonders schwierig, ihre wirtschaftlichen Probleme durch weitere Integration in den Weltmarkt zu lösen. Dies würde im wesentlichen den Status quo — die extreme wirtschaftliche Ungleichheit — fortschreiben und die überwiegende Mehrheit der Gesellschaft von dem sogenannten „wirtschaftlichen Fortschritt“ ausschließen. Daran können aber selbst die herrschenden Eliten vor allem im Hinblick auf die politische Stabilität auf Dauer kein Interesse haben.

4. Politische Systeme

Die politische Entwicklung Lateinamerikas ist durch die Menschenrechtspolitik der Regierung Carter wieder mehr ins Blickfeld geraten. Die Versuche lateinamerikanischer Eliten, ihren gesellschaftlichen status quo bei gleichzeitigem wirtschaftlichen Fortschritt zu erhalten, ohne machtpolitische Einbußen zu erleiden, haben immer wieder zu krassen politischen Fehlleistungen geführt. Alle Regierungssysteme in Lateinamerika — diktatorische wie autoritäre, populistische, reformistische und progressive — haben immer wieder versucht, „Stabilität zu produzieren“, um damit Bedingungen für einen „wirtschaftlichen Fortschritt“ zu schaffen. Aber gerade das Streben nach politischer Stabilität um jeden Preis muß in einer Umbruchgesellschaft, wie sie sich in unterschiedlichen Phasen in allen Ländern Lateinamerikas manifestiert, immer wieder zu Revolten führen, die sich auch durch die härtesten Diktaturen nicht auf Dauer unterdrücken lassen.

So bieten auch die derzeitigen, vornehmlich militärischen Entwicklungsdiktaturen nur eine Stabilität auf Zeit. Bisher ist es noch keinem dieser autoritären Regime gelungen, wirtschaftliches Wachstum zu sichern und dabei zugleich eine soziale Integration voranzutreiben. Diese Einsicht und die Anstöße durch die Carter-Regierung haben in jüngster Zeit Wahlen wieder als politisch opportun erscheinen lassen. Einige Militärs scheinen vor der Schwierigkeit, ihre Länder zu regieren, zu kapitulieren und sich lieber in die Kasernen zurückziehen zu wollen, ehe die eigene Institution durch den Verschleiß an der Macht völlig korrumpiert und gespalten wird.

Selbst die besonders repressiven Militärregime, die sich mit nordamerikanischer Geburtshilfe durch die „Doktrin der nationalen Sicherheit“ ihre eigene Staatsphilosophie geschaffen haben, scheinen sich auf die Dauer nicht an der Macht behaupten zu können. Obwohl sie glauben, eine Staatsform sui generis entwickelt zu haben, die sich von den liberalen, parlamentarischen Demokratien des Westens und den totalitären Volksdemokratien des Ostens unterscheidet, ist auch ihre autoritäre „Demokratie“ eine für die Probleme ihrer Staaten untaugliche Lösung. In den meisten Staaten der Region läßt sich erkennen, daß politisch stabile Perioden mit politisch turbulenten Phasen abwechseln. Es scheint zur politischen Kultur Lateinamerikas zu gehören, daß zivile und militärische Regierungsperio-

den wellenartig aufeinander folgen, ohne daß es ihnen gelingt, die zentralen politischen und sozialen Aufgaben ihrer Länder zu lösen.

Die immer weiter fortschreitende „Militarisierung der Technokraten“ und „Technokratisierung der Militärs“ in Lateinamerika könnte dazu führen, daß eine neue staatstragende Klasse entsteht, die ebensowenig vom Volk legitimiert ist wie die Militärregime der „nationalen Sicherheit“. Wahlen und Parteien haben zwar als Legitimation gegenüber den westlichen Industrieländern, von denen diese Staaten weitgehend abhängig sind, nach außen einen hohen Stellenwert, nach innen aber aufgrund der krassen sozialen Unterschiede nur geringes Gewicht. Wo immer eine durch Wahlen legitimierte Regierung an die Macht kommt, scheitert sie erfahrungsgemäß häufig an den wirtschaftlichen Zwängen und an der Macht der internen und externen Vetogruppen, die grundsätzliche Veränderungen des

wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gefüges bisher immer zu verhindern gewußt haben.

Die viel zitierte Hoffnung, daß wirtschaftliches Wachstum und Modernisierung die Stabilität der politischen Systeme Lateinamerikas erhöhen würden, ist inzwischen krass und in einigen Staaten sehr blutig widerlegt worden. Auch die entwicklungspolitische Leistungsfähigkeit militärischer Diktaturen muß nach den Erfahrungen in Peru und in Brasilien sehr fragwürdig bleiben. Es ist deshalb eher damit zu rechnen, daß die politische Landschaft Lateinamerikas in Zukunft durch neue Herrschaftsmodelle wie Einparteienregime oder korporativistische Regierungsformen geprägt wird. Da sich eine Partizipation von unten mit derartigen Herrschaftsmodellen kaum vereinbaren läßt, wird auch künftig die staatliche Souveränität überall in Lateinamerika der persönlichen Freiheit übergeordnet werden.

II. Regionale Entwicklungspole

In den letzten Jahren haben sich in Lateinamerika regionale Machtzentren herausgebildet. Die Grundlagen dafür liegen in der relativen politischen Stabilität, einer gewissen wirtschaftlichen Potenz und in einer weitgehenden internationalen Anerkennung der jeweiligen Staaten. Von zusätzlicher, vielleicht ausschlaggebender Bedeutung ist die Fähigkeit dieser Staaten, genügend externes Kapital und Technologie zu importieren, um den eigenen industriellen Fortschritt durchzusetzen bzw. bezahlen zu können.

Entwicklungspole erster Ordnung sind heute Mexiko und Brasilien, wenn auch aus sehr unterschiedlichen Gründen. Beide aber verfügen über eine große, rasch wachsende Bevölkerung, ein ausgedehntes Territorium und überdurchschnittliche Ressourcen. Entwicklungspole zweiter Ordnung sind Venezuela und — mit gewissen Einschränkungen — Argentinien. Beide verfügen über einen hohen Entwicklungsstand, ein beträchtliches Pro-Kopf-Einkommen und umfangreiche Ressourcen. Das Erdölland Venezuela hat aufgrund seiner strategischen Bedeutung als Rohstoffbasis für die Energieversorgung der USA ein über sein sonstiges Wirtschafts- und Bevölkerungspotential hinausgehendes politisches Gewicht in der Region erhalten. Argentinien

dagegen, das früher zu den führenden Staaten Lateinamerikas gehörte, hat an Bedeutung innerhalb der Region verloren, vor allem aufgrund seiner internen politischen Entwicklung. Die Rolle Kubas, auf das zumindest einige der Merkmale eines Entwicklungspols zutreffen, muß hier unberücksichtigt bleiben, weil seine Entwicklungsperspektiven aufgrund seiner Einbindung in das sozialistische Lager anders gelagert sind. Andererseits sollte seine Bedeutung zumindest für einige Staaten der Karibik nicht unterschätzt werden. Schließlich ist es ihm im Gegensatz zu den anderen Entwicklungspolen Lateinamerikas gelungen, die elementare Unterentwicklung im eigenen Lande weitgehend zu überwinden.

Während des letzten Jahrzehnts sind die kleineren und wirtschaftlich schwächeren Staaten im Bereich der Entwicklungspole allmählich in eine gewisse Satellitenposition gedrängt worden. Allerdings haben Argentinien und Brasilien wie auch Mexiko und Venezuela aus politischen Gründen immer wieder versucht, diesen Tatbestand nicht allzu offenkundig werden zu lassen. Bei der Herausbildung der Entwicklungspole hat die Unterscheidung zwischen wirtschaftlicher und politischer Expansion eine entscheidende Rolle gespielt. So üben diese regionalen Machtzentren zwar

wirtschaftlichen Einfluß, aber keine politische Kontrolle über ihren jeweiligen geopolitischen Einzugsbereich aus. Für Mexiko ist dies Zentralamerika und ein Teil der Karibik, für Venezuela ist es die Karibik und in gewissem Umfang der nördliche Anden-Raum; für Argentinien sind es vor allem die Anrainerstaaten des La-Plata-Beckens und für Brasilien sind es nahezu alle Staaten Südamerikas mit Ausnahme Venezuelas und Argentiniens.

Zu den typischen Merkmalen eines Entwicklungspols gehört die Fähigkeit der herrschenden Elite,

— aufgrund natürlicher Voraussetzungen und internationaler Verbindungen Kapital und Know-how im jeweiligen Einflußbereich zu investieren,

— Produktions- und Rohstoffpotential in ihrem Einflußbereich zu koordinieren,

— bereits etablierte, externe Interessen teilweise zu verdrängen oder mit ihnen zusammenzuarbeiten,

— das eigene wirtschaftliche und politische System für die Eliten im jeweiligen Einflußbereich attraktiv zu machen.

Durch die Dynamik der Entwicklungspole kommt es zu einer Neustrukturierung von Einflußbereichen in Lateinamerika, die von vielen der betroffenen kleineren Staaten bekämpft wird. Gleichzeitig bietet diese Entwicklung Staaten wie Bolivien, Paraguay und Uruguay aber auch zusätzliche wirtschaftliche Möglichkeiten, die die bisherigen formalen Integrationsansätze nicht erbracht haben. So besteht trotz des ausgeprägten Souveränitätsbewußtseins der lateinamerikanischen Länder eine gewisse Bereitschaft zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Entwicklungspolen.

Die Entwicklungspole stehen miteinander in wirtschaftlichem, aber auch politischem Wettbewerb und sind, je nach dem Grad ihrer internen Stabilität, wirtschaftlichen Potenz und internationalen Anerkennung, in ihrer Führungsrolle keineswegs unumstritten. Dies gilt zwar weniger für Mexiko und Brasilien, dafür um so mehr für ihre Konkurrenz in der von ihnen beanspruchten Einflußsphäre: Venezuela und Argentinien. Dabei spielen auch politische Rivalitätsprobleme eine gewisse Rolle, die jedoch gegenüber den wirtschaftlichen Einflußmöglichkeiten eher in den Hin-

tergrund treten. So dürfte Venezuela mit sinkenden Oleinnahmen ebenso an Einfluß verlieren, wie dies bei Argentinien aufgrund andauernder interner Instabilität der Fall war.

Bei der künftigen Entwicklung dieser vornehmlich wirtschaftlichen Machtzentren in Lateinamerika muß daher auch die Systemstabilität und die politische Kultur der einzelnen Entwicklungspole mitberücksichtigt werden. Es ist nicht auszuschließen, daß auch Mexiko und Brasilien mittelfristig durch einen Machtverlust ihrer Herrschaftseliten und/oder die Instabilität ihrer politischen Systeme ihre Position wenn nicht verlieren, so doch einschränken müssen. Andererseits könnte z. B. Argentinien aufgrund seiner gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen schon in den achtziger Jahren eine uneingeschränkte Position als Entwicklungspol zurückerobern, insbesondere dann, wenn Brasilien eine ähnliche Abstiegsphase durchmachen sollte wie Argentinien zwischen 1966 und 1976.

Zu diesen relativ internen Veränderungsmomenten kommen mindestens drei externe, die unabhängig von der ohnehin entscheidenden internationalen Anerkennung die Stellung der jetzigen Entwicklungspole beeinträchtigen könnten. Dazu gehören:

— die politisch-ideologische Komponente, die aufgrund der Rolle Kubas im karibisch-mittelamerikanischen Raum die Attraktivität der Entwicklungspole Mexiko und Venezuela erheblich mindern könnte;

— die militärisch-sicherheitspolitische Komponente, die aufgrund einer potentiellen kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Peru, Chile und Bolivien das Gewicht Brasiliens und Argentinien ganz erheblich schmälern würde;

— die weltwirtschaftliche Komponente, die durch wesentliche Veränderungen von Produkt- bzw. Marktstrukturen, vor allem im Bereich der Energieversorgung, innerhalb relativ kurzer Zeit die jetzige Position der Entwicklungspole in Lateinamerika gefährden könnte.

Um daher die Entwicklungsperspektiven der Entwicklungspole Lateinamerikas mittelfristig auch nur annähernd abschätzen zu können, müssen in jedem Fall folgende Faktoren berücksichtigt werden:

— die internen Faktoren einschließlich der Systemstabilität, des Bevölkerungswachstums,

der Rohstoffbasis und der Wirtschaftsaussichten;

— die intraregionalen Faktoren, also das Gewicht des jeweiligen Entwicklungspols innerhalb seines Einflßbereichs und die Wahrscheinlichkeit einer Verringerung oder auch Verstärkung dieses Gewichts aufgrund der Entwicklung anderer Staaten;

— die interamerikanischen Faktoren, die bei der Betrachtung aller Entwicklungen in Lateinamerika auch weiterhin trotz einer neuerdings zu beobachtenden Zurückhaltung der USA einen hohen Stellenwert besitzen und insbesondere im Falle Mexikos als Nachbarland der USA von ausschlaggebender Bedeutung sind;

— die extraregionalen Faktoren, die bei der zunehmenden außenpolitischen Emanzipation Brasiliens und auch Mexikos die Position der Entwicklungspole in der Weltwirtschaft und im internationalen System überhaupt bestimmen werden.

1. Mexiko

Mexiko hat seit der Konsolidierung seiner Revolution durch die wirtschaftlichen Reformen im Jahre 1940 eine für lateinamerikanische Verhältnisse ungewöhnlich stabile Periode hinter sich, die seine Stellung als Entwicklungspol im Norden Lateinamerikas sehr gefestigt hat. Die Krisenerscheinungen der letzten Jahre, die Zweifel an der Beständigkeit einer solchen Stabilität aufkommen ließen, sind durch die neue Position Mexikos als einem der führenden, zukünftigen Erdölexporture der Welt zwar nicht beseitigt, aber doch überdeckt worden. Ein weiterer Vorteil Mexikos liegt in seiner nationalen Identität, die in der Revolution von 1910 bis 1917 ihren Ursprung hat und in der jüngsten Geschichte vertieft worden ist. Die ständige Notwendigkeit, sich gegen den übermächtigen Nachbarn im Norden behaupten zu müssen, hat Mexiko zu einer Nation werden lassen, deren vielseitiges Potential vielleicht erst gegen Ende dieses Jahrhunderts zum Tragen kommen wird.

Das politische System Mexikos hat sich aus verschiedenen Gründen über ein halbes Jahrhundert hinweg als außerordentlich stabil erwiesen. Das de-facto-Einparteienregime hat den Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft mit relativ wenig Anpassungskonflikten vollziehen können. Dieses System, das kaum mit einer Demokratie angelsächsischen

Zuschnitts zu vergleichen ist, hat eigene Strukturen und Gesetzmäßigkeiten entwickelt, die schon über mehrere Generationen konstant geblieben sind und dem jeweiligen Präsidenten nur eine „Diktatur auf Zeit“ erlauben. In diesem für lateinamerikanische Verhältnisse bereits recht fortschrittlichen politischen System werden aufgrund der starken organisatorischen Kapazität der Staatspartei PRI alle Konflikte innerhalb der Partei ausgetragen und dadurch die Bildung von Generaliten wenn nicht verhindert, so doch kanalisiert.

Das ungewöhnliche Bevölkerungswachstum von mehr als 3 Prozent pro Jahr gefährdet freilich auch mittelfristig die bisherige Stabilität des Landes. Die Kluft zwischen denen, die in das bestehende wirtschaftliche und soziale System integriert sind, und jenen marginalen Schichten, die von dem System nicht mehr verkraftet werden können, erweitert sich ständig. Es dürfte trotz des sagenhaften Reichtums des Landes in den nächsten Jahren zu wachsenden sozialen Unruhen kommen, falls nicht ein neuer Verteilungsschlüssel gefunden wird. Die finanziellen Probleme des Landes sind nicht so gravierend, wie die hohe Auslandsverschuldung zu signalisieren scheint. Vielmehr bietet die Rohstoffbasis Mexikos aufgrund der Erdölreserven schon mittelfristig die Aussicht auf glänzende wirtschaftliche Zuwachsraten. Freilich sind gerade Erdölgewinne, gesamtgesellschaftlich gesehen — wie das Beispiel Venezuela zeigt —, entwicklungspolitisch häufig unergiebig.

Die Nachbarschaft zu den USA wird auch in Zukunft trotz der dadurch bedingten Verzerrung des Wirtschaftsgefüges Mexikos einen relativ beständigen Marktzugang für die eigenen Produkte bieten. Wenn es also gelingt, das politische System durch Anpassung an die veränderten Bedingungen der achtziger Jahre stabil zu halten, dürften interne Faktoren nicht zuletzt auch angesichts einer zunehmenden politischen Liberalität mittelfristig die Attraktivität des Entwicklungspols Mexiko noch erhöhen.

Mexikos wachsendes Gewicht innerhalb seiner engeren Region kommt unter anderem auch darin zum Ausdruck, daß die Zentralamerikaner in ihm und weniger in den USA den „Koloß im Norden“ sehen, obwohl Mexiko nie den Versuch gemacht hat, den viel kleineren Nachbarstaaten im Süden seine Vorherrschaft zu oktroyieren. Da gerade in den nächsten Jahren im zentralamerikani-

schen Raum mit großer Instabilität zu rechnen sein dürfte, wird Mexikos Einfluß wesentlich zunehmen, zumal die USA — wie die jüngsten Erfahrungen in Nicaragua gezeigt haben — ihre Interessen in Zentralamerika weniger prononciert als in der Vergangenheit vertreten dürften.

Nicht ganz so bedeutend wie in Zentralamerika, aber dennoch von zunehmendem Gewicht ist die Rolle Mexikos in der Karibik, wobei die Beziehungen zu Jamaika und Kuba eine zentrale Rolle spielen. Sein Verhältnis zu Kuba hat deswegen einen besonderen politischen Stellenwert, weil Mexiko sich schon 1962 als einziges lateinamerikanisches Land beharrlich geweigert hatte, die diplomatischen Beziehungen zu Kuba abzubrechen. Diese Standhaftigkeit gegenüber den Pressionen der USA hat sich für Mexiko langfristig ausgezahlt, obwohl sie keineswegs ausschließlich einer Sympathie für Castros Kuba entsprang.

Zwei andere Dinge haben dabei eine entscheidende Rolle gespielt: Mexikos spezifisches Interesse an anderen Revolutionen und sein Festhalten am Nichteinmischungsprinzip, das durch den Abbruch der Beziehungen zu einem Land wie Kuba ausgehöhlt worden wäre.

Auch den anderen Entwicklungspol in der zentralamerikanischen und karibischen Region — Venezuela —, in dem Mexiko durchaus einen möglichen Konkurrenten sieht, hat es zunächst durch freundschaftliche Beziehungen teilweise für seine eigenen Interessen einspannen können. Die Schaffung des Lateinamerikanischen Wirtschaftssystems (SELA) ist ein Produkt ihrer gemeinsamen Politik. Dennoch könnte es in Zukunft, vor allem in der Erdölexportpolitik, zu Spannungen zwischen beiden Staaten kommen.

Innerhalb Südamerikas hat Mexiko erst in den siebziger Jahren begonnen, eine wichtigere Rolle zu spielen. So war die Unterstützung der Regierung Allende in Chile ein zentraler Teil der Lateinamerikapolitik des Präsidenten Echeverria. Sie entsprang ebenso wie andere Kontakte innerhalb der Region dem Wunsch, in der Dritten Welt eine Führungsposition zu übernehmen. Infolge der zunehmenden Militarisierung der südamerikanischen Herrschaftssysteme stieg Mexikos Ansehen als relativ demokratischer Staat bei einem Großteil der demokratisch gesinnten Eliten in der Region.

Trotz der offensichtlichen Spannungen mit dem erdrückenden Nachbarn USA dürfte sich Mexiko langfristig bewußt um eine Brückenfunktion zwischen den USA und Lateinamerika bemühen. Dadurch verschafft es sich als Entwicklungspol in Zentralamerika und der Karibik mittelfristig eine außerordentlich günstige Ausgangsposition, die durch die Möglichkeit, künftig bilaterale Entwicklungshilfe leisten zu können, noch ausgebaut werden dürfte.

Seine geographische Lage als Nachbar der USA bedeutet für Mexiko gleichzeitig Segen und Fluch seiner Entwicklung. Das unübersehbare wirtschaftliche Gefälle zwischen beiden Staaten hat zu einer verzerrten Wirtschaftsstruktur in Mexiko sowie einer massiven Abwanderung von Arbeitskräften und einem „brain drain“ der Spezialisten geführt. Andererseits hat das Aufeinanderprallen von Dritter Welt und Erster Welt Mexiko zu ungewöhnlichen Entwicklungsanstrengungen veranlaßt. Da fast zwei Drittel seines Außenhandels mit den USA abgewickelt werden, wird Mexiko auch in Zukunft seine außergewöhnliche wirtschaftliche Position halten können, wenn es auch weiterhin die Nachteile einer derartigen Abhängigkeit von den USA auf sich nehmen muß. Vor allem die jüngsten Entwicklungen im Energiebereich dürften dazu beitragen, Mexikos Verhandlungsposition außerordentlich aufzuwerten.

Bei der Neuformulierung des bilateralen Verhältnisses dürfte eher das venezolanische Beispiel den diplomatischen Ton zwischen Mexiko und USA bestimmen, als daß ein wirkliches Erdöl-Preisdiktat zustande kommt wie bei den arabischen Staaten. Denn Mexiko muß auch auf die Rohstoffinteressen der benachbarten Großmacht Rücksicht nehmen und wird sich auch aus diesem Grunde schwer tun, schon bald der OPEC beizutreten. Andererseits wird seine nationale Glaubwürdigkeit als avantgardistisches Land der Dritten Welt weitgehend davon abhängen, daß es sich nicht allzu stark den US-Interessen unterordnet, sondern seine wirtschaftliche Potenz gegenüber dem mächtigen Nachbarn in die Waagschale wirft.

Dennoch wird die geopolitische Situation des Landes auch in Zukunft ein dominanter Faktor in seiner Rolle als Entwicklungspol sein, weil die USA den internen und externen Spielraum Mexikos weiterhin zu beeinflussen vermögen. Der Vorteil dieser nachbarlichen „Fremdbestimmung“ liegt darin, daß die USA das Nachbarland Mexiko unabhängig von den

wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten immer bereitwilliger stützen werden als andere lateinamerikanische Länder.

Trotz seiner beschränkten Möglichkeiten, seine außenwirtschaftlichen und außenpolitischen Beziehungen zu diversifizieren, hat Mexiko in den letzten Jahren ungewöhnliche Anstrengungen in dieser Richtung unternommen. Die Handelsabkommen mit der EG und dem RGW von 1975 und seine Vorreiterrolle bei der Schaffung und Verabschiedung der „Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten“ von 1974 sind dafür die auffälligsten Beispiele. Mexikos eigene wirtschaftliche Entwicklung wurde davon bisher allerdings nur marginal berührt.

Die Diversifizierungsversuche Mexikos zeugen von seinem Bedürfnis, ausgeprägte Distanzvorstellungen gegenüber seinem übermächtigen Nachbarn und dessen wirtschaftlichen Konzeptionen zu entwickeln. Die jüngsten Verhandlungen der Regierung López Portillo mit Präsident Carter haben diese Notwendigkeit erneut zum Ausdruck kommen lassen.

Mexiko empfindet sich als „Anti-Status-quo-Macht“ im internationalen System und als Advokat einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Schon deswegen dürfte Mexiko seine Position innerhalb der Dritten Welt dauerhaft festigen können. Daher wird Mexiko auch bei allen zukünftigen Verhandlungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern eine wichtige Funktion ausüben. Insofern bieten sowohl die interamerikanischen Faktoren, aufgrund der engen Anbindung an die USA, als auch die extraregionalen Faktoren durch seine Profilierung hinsichtlich der Forderungen der Dritten Welt Mexiko besonders günstige Zukunftschancen als Entwicklungspol.

2. Brasilien

Brasiliens Weg seit der sogenannten Revolution von 1964 ist in vielen Teilen der Welt einerseits mit Bewunderung, was die wirtschaftlichen Zuwachsraten betraf, und andererseits mit Ablehnung, was die Repression von seiten seines Regierungssystems anging, verfolgt worden. Brasilien hat es als regionale Vormacht in Lateinamerika verstanden, seine Politik zumindest indirekt in einem großen Teil des Kontinents wirksam werden zu lassen. Gleichzeitig hat es durch seine Größe und sein diplomatisches Geschick seinen Ein-

fluß weit über die Region hinaus geltend gemacht.

Die Frage nach der Stabilität des brasilianischen Modells ist vor allem eine Frage nach seinem Erfolg. Solange die Allianz zwischen Militärs und Technokraten wirtschaftliche Erfolge — insbesondere für den oberen Teil der Gesellschaft — zu produzieren vermochte, war dieses Modell stabil. Das System verfügte über eine Organisationskapazität und eine politische Macht, die in westlichen Industriestaaten einer Regierung meist nur in Krisenzeiten eingeräumt werden. Es konnte daher weitgehend unabhängig von Interessengruppen und der Zustimmung von unten seine politischen Vorstellungen durchsetzen.

Der Konsensus zwischen Militär und wirtschaftlicher Elite brach, wie die Entwicklung seit 1974 zeigt, in dem Moment auseinander, in dem der wirtschaftliche Erfolg ausblieb. In dem Maße, wie internationale Konjunkturdaten und interne Entwicklungen Brasilien zwingen, wirtschaftspolitische Veränderungen vorzunehmen, wird die Stabilität des militärisch-technokratischen Entwicklungsmodells gefährdet. Die für die achtziger Jahre vorhersehbare Ablösung des Militärregimes durch zivile Regierungen dürfte sicher zu einer weiteren Destabilisierung des gesamten Entwicklungspols Brasilien beitragen. Da der bisherige Konsensus unter großen politischen Opfern und nicht zuletzt auch mit gezieltem Terror von oben erreicht worden ist, lassen sich bei der langsamen Öffnung des Systems mittelfristig natürliche Instabilitäten gar nicht vermeiden. Alle Ankündigungen des Militärs, das System in absehbarer Zeit grundlegend zu demokratisieren, müssen daher eher mit Skepsis beurteilt werden, weil dadurch die unter großen sozialen Kosten errungene „militärische Stabilität“ gefährdet würde. Die kritischen Probleme sind unter dem Militärregime keineswegs auch nur in Ansätzen der Lösung näher gekommen und dürften daher erst in Zukunft bei einer weiteren Öffnung des Systems die politischen Auseinandersetzungen bestimmen. Dabei werden die Verschuldung und die Auslandsinvestitionen als die deutlichsten Zeichen externer Abhängigkeit sowie die Einkommensverteilung und die politische Partizipation im Vordergrund stehen.

Angesichts der problematischen Situation im Energiebereich hat sich das brasilianische Modell bereits seit der Ölkrise den veränderten Bedingungen anzupassen versucht. Eine

Möglichkeit sehen die Brasilianer offensichtlich in der Umstellung vom exportorientierten Wachstumsmodell auf ein Binnenmarktmodell, wobei als Binnenmarkt langfristig der ganze Einflußbereich ihres Entwicklungspols angesehen wird. Eine solche Politik dürfte zunächst aber ganz erhebliche Strukturveränderungen des brasilianischen Wirtschafts- und Sozialgefüges notwendig machen. Innerhalb der Militärs sind die Meinungen vorläufig noch geteilt, ob die Entwicklung konsequent in diese Richtung vorangetrieben werden soll oder ob in Erwartung steigender Rohstoffpreise und sinkender Zölle mit weiterer Integration in die Weltwirtschaft gerechnet werden kann.

Der Großraum Brasilien mit seinen 115 Mio. Einwohnern läßt ein um die Anrainerstaaten erweitertes Binnenmarktmodell als sehr vielversprechend erscheinen. Abgesehen von einer sicherlich problematischen Übergangsphase in den achtziger Jahren würde ein solches Modell den dezidierten Autonomievorstellungen Brasiliens sehr entgegenkommen. Mittelfristig dürfte aber der rasche Wandel vom Entwicklungsland zur „Großmacht“ ohne die gleichzeitige Veränderung politischer und sozialer Strukturen die interne Stabilität des Entwicklungspols Brasilien sehr belasten.

Brasilien hat sich in den siebziger Jahren in einem Maße als Regionalmacht in ganz Südamerika etabliert, das selbst Argentinien zum Zeitpunkt seines größten Einflusses niemals erreicht hat. Brasilien leistet umfangreiche Entwicklungshilfe innerhalb der Region und hat insbesondere ideologisch nahestehenden Regimen bisher bei der Konsolidierung ihrer Macht und bei der Durchsetzung ihrer internen Sicherheitsvorstellungen geholfen. Brasilien hat es aber auch verstanden, die in den spanischsprachigen Ländern Lateinamerikas immer wieder aufkeimende Furcht vor einer brasilianischen Hegemonie zumindest zeitweilig zu zerstreuen. In jüngster Zeit ist es ihm sogar gelungen, bessere Beziehungen zu Argentinien, dem traditionellen Rivalen um die Vorherrschaft in Südamerika, herzustellen.

Brasilien glaubte in mancher Hinsicht, eine phasenverschoben ähnliche Entwicklung nachholen zu können, wie sie die USA in ihrer Geschichte durchgemacht haben. Bei der Eroberung des eigenen Hinterlandes wie auch hinsichtlich des Einflusses auf andere Länder hatte Brasilien gehofft, nachvollziehen zu können, was ihm die USA bei ihrem Aufstieg zur Weltmacht vorgemacht hatten. Auch des-

halb ist den Brasilianern, historisch gesehen, die enge Allianz mit den USA immer ein vorrangliches außenpolitisches Anliegen gewesen. Erst als Brasilien Anfang der siebziger Jahre begann, die USA eher als Hindernis denn als Hilfe für seinen Aufstieg im internationalen System zu empfinden, wurden die USA zu einem außenpolitischen Partner unter anderen.

Ihren bilateralen Beziehungen haben die Brasilianer in den letzten zehn Jahren vor allem vier Kriterien zugrunde gelegt, die ihrem Entwicklungsbedarf entsprechen. Demnach muß ein außenpolitischer Partner folgende Möglichkeiten bieten:

- Zugang zu einem großen und diversifizierten Markt;
- Zugang zu Rohstoffen, insbesondere Energieträgern;
- Zugang zu Finanzquellen;
- Zugang zu moderner Technologie.

Solange die USA willens und in der Lage waren, die Mehrheit dieser Bedingungen zu erfüllen, waren sie zumindest unter außenwirtschaftlichen Gesichtspunkten der bevorzugte Partner.

Inzwischen hat sich jedoch herausgestellt, daß auch einige andere Partner Brasilien ähnliche Möglichkeiten bieten können, ohne politische Auflagen damit zu verbinden. Die Amerikaner hatten eine Zeitlang versucht, die außenpolitischen Ambitionen Brasiliens auf den lateinamerikanischen Raum zu beschränken, hatten aber damit die globalen Zielvorstellungen der brasilianischen Militärs gründlich mißverstanden. Es war den Brasilianern eher peinlich, als Juniorpartner oder Gendarm der USA in Lateinamerika angesehen zu werden. Sie haben daher jede Möglichkeit genutzt, sich mit anderen autoritär-militärischen Regimen in Lateinamerika gegen die USA zu solidarisieren. So deutet die kurzfristige Kündigung der langjährigen militärischen Zusammenarbeit mit den USA auf die Bereitschaft hin, in Zukunft auch gegen deren Willen zumindest in Teilbereichen eine eigene Politik zu betreiben.

Diese kompromißlose Haltung, die Brasilien in jüngster Zeit gegenüber den USA eingenommen hat, wäre kaum möglich gewesen, wenn es nicht in den letzten Jahren — trotz anhaltender wirtschaftlicher Abhängigkeit von den USA — durch eine sehr kluge Au-

ßen- und Außenwirtschaftspolitik eine beachtliche Position im internationalen System und in der Weltwirtschaft erlangt hätte. Neben den weiterhin außerordentlich wichtigen wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA stützt sich Brasilien heute mit unterschiedlicher Gewichtung auf folgende zusätzliche Partner:

— Westeuropa, insbesondere die Bundesrepublik Deutschland;

— Ostasien, insbesondere Japan;

— Dritte Welt, insbesondere Schwarzafrika;

— Sozialistische Länder, insbesondere die Sowjetunion.

Bei dem Versuch, maximale Vorteile für die eigene Entwicklung zu erreichen, hat es Brasilien jahrelang verstanden, auch mit politisch völlig konträren Partnern gut auszukommen. So stieg sein Handelsvolumen mit dem sozialistischen Lager zwar keineswegs so spektakulär an wie das mit Westeuropa, aber doch in einem für lateinamerikanische Länder ungewöhnlichen Ausmaß. Daneben gelang es Brasilien lange Zeit, sowohl mit Israel als auch mit den arabischen Ländern, mit Schwarzafrika ebenso wie mit Südafrika gute Beziehungen zu unterhalten. Die Auflösung des portugiesischen Kolonialreichs haben die Brasilianer zum Anlaß genommen, sich vor allem in Angola und Moçambique des gemeinsamen Erbes zu erinnern und sich wirtschaftlich und kulturell zu engagieren. Ihre geschickte Diplomatie hat es bisher den Brasilianern erlaubt, in der Sache hart und in der Form flexibel als einer der wichtigsten Vermittler zwischen den Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer zu fungieren.

Die jüngsten Entwicklungen deuten darauf hin, daß Brasilien seine angestrebte Großmachtposition eher über eine Führungsrolle in der Dritten Welt als durch eine Integration in die Erste Welt erreichen kann. Denn so eng die ideologischen Bindungen zwischen Brasilien bzw. seinen herrschenden Eliten und der westlichen Welt auch sein mögen, so gering ist seine strukturelle Affinität zu den Industriestaaten. Dem wird auch die zukünftige interne Entwicklung des Landes Rechnung tragen müssen. Die in den nächsten Jahren fälligen Entscheidungen werden zwar Brasiliens Position als Entwicklungspol nicht gefährden, wohl aber aufgrund der zu erwartenden internen Instabilität seine Attraktivität für seine Nachbarstaaten verringern.

3. Venezuela

Neben den beiden Entwicklungspolen erster Ordnung in Lateinamerika spielt Venezuela eine Sonderrolle, weil es als ungewöhnlich kleines Land mit nur 13 Mio. Einwohnern eine über die Region hinausgehende internationale Position errungen hat. Dies beruht darauf, daß Venezuela bis vor kurzem das ölreichste Land Lateinamerikas war, und daß es andererseits in einer von Militärregimen dominierten Region schon über zwanzig Jahre eine nahezu mustergültige Demokratie ist.

Die Tatsache, daß ein so kleines Land mit relativ geringen Möglichkeiten eine überdurchschnittliche Rolle in Lateinamerika spielt, ist an und für sich kein Novum, wie das Beispiel Kubas zeigt. In mancher Hinsicht ist die kubanische Entwicklung mit der venezolanischen der letzten zwei Jahrzehnte insofern vergleichbar, als beide Staaten, ausgehend von relativ ähnlichen Voraussetzungen, zwei völlig unterschiedliche politische Richtungen eingeschlagen haben, die sich beide jedoch als recht erfolgreiche Wege in die internationale Politik erwiesen haben.

Die internen Faktoren haben Venezuela in der Tat begünstigt. Das Land hat seit 1958 eine bemerkenswerte demokratische Stabilität aufzuweisen; die Regierungen sind in sehr weitgehendem Maße vom Volk legitimiert gewesen und es hat sich ein relativ stabiles Zweiparteiensystem entwickelt. Die Voraussetzung für diese in Lateinamerika so außergewöhnliche Entwicklung schuf das Erdöl. Doch auch diese demokratischen Regierungen haben trotz hoher Erdöleinnahmen und geringer Bevölkerungszahlen die dringendsten sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes nicht zu lösen vermocht. Statt dessen war das Land aufgrund der hohen externen Einkommen in der Lage, eine Demokratie zu finanzieren, ohne eine Umverteilung auf Kosten der oberen Schichten vornehmen zu müssen. Das böse Wort von der „Schönwetterdemokratie“ trifft daher auch auf Venezuela zu. Deshalb sind sich die demokratischen Führer des Landes durchaus bewußt, daß die Stabilität der Demokratie davon abhängt, ob es ihnen gelingt, im nächsten Jahrzehnt die Wirtschaft zu diversifizieren und eine Vielzahl neuer Arbeitsplätze zu schaffen. Nur so wird Venezuela bei langsamem Rückgang der Erdölförderung politische und soziale Krisen verkraften können.

Sicherlich ist es für Venezuela leichter als für andere lateinamerikanische Staaten gewesen, den innenpolitischen Konsensus herzustellen, weil er durch umfangreiche Zahlungen aus der Staatskasse finanziert werden konnte. Andererseits kann es sein, daß die erreichte politische Stabilität auch in einer wirtschaftlichen Übergangsphase anhält und damit Venezuela auch in Zukunft seine Attraktivität für andere Länder der Region behält.

Unter der Präsidentschaft Pérez hatte Venezuela sich besonders um die Solidarität der lateinamerikanischen Staaten bemüht. Die Entwicklungshilfe für kleinere Länder der Region, die sehr wichtige Rolle, die Venezuela im Anden-Pakt spielt und schließlich die zusammen mit Mexiko betriebene Gründung des Lateinamerikanischen Wirtschaftssystems (SELA) belegen dies deutlich. Seine gewisse Vormachtposition in der Karibik, deren immer zahlreicher unabhängig werdende Ministaaten eine wirtschaftliche Anlehnung an Venezuela suchen, wird von den größeren Inseln, wie die Konflikte z. B. mit Trinidad zeigen, nicht ohne weiteres hingenommen. Andererseits ist die Einflußsphäre des Entwicklungspols Venezuela nicht auf die Karibik beschränkt. Auch in Zentralamerika und im Anden-Raum ist Venezuela bilateral sehr aktiv geworden. Erstaunlicherweise ist es dabei bisher nicht zu einer Auseinandersetzung mit der entscheidenden Macht in der Region, den USA, gekommen. Auch gegenüber Mexiko waren die Beziehungen gut bis freundschaftlich, obwohl hier zwei Entwicklungspole in einer gewissen Konkurrenz um ihr geopolitisches Umfeld stehen.

Das Verhältnis zu den USA ist für Venezuela immer von ausschlaggebender Bedeutung gewesen. Seit der Energiekrise von 1973/74 haben auch die USA eingesehen, wie strategisch wichtig für ihre Energieversorgung Venezuela ist, von dem sie immerhin fast ein Viertel ihrer Erdölimporte beziehen. Seit jener Zeit hat sich durch seine Mitgliedschaft in der OPEC auch Venezuelas „bargaining power“ gegenüber den USA erhöht. Ein gutes Beispiel dafür war die Verstaatlichung der ausländischen Erdölfirmer. Freilich wird diese Verhandlungsmacht vielleicht schon Mitte der achtziger Jahre aufgrund der enormen Erdölvorräte und möglichen Exporte Mexikos nach den USA zurückgehen. Doch sieht es zumindest zur Zeit nicht so aus, als ob die USA Mexiko gegen Venezuela ausspielen könnten. Vielmehr scheinen die Venezolaner ihre Er-

fahrungen im Umgang mit dem großen Erdöl-abnehmer an Mexiko weiterzugeben.

Dennoch ist Venezuelas kritische Haltung gegenüber den USA keineswegs so eindeutig, wie es die Sprecherrolle, die es zeitweilig für den spanisch-sprachigen Raum übernommen hat, erscheinen läßt. Zwar haben die Venezolaner in der Frage der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Kuba, in der Frage des Panama-Kanals und schließlich auch in der Nicaragua-Krise den USA immer wieder gezeigt, daß sie nicht länger einseitige Entscheidungen in dieser Region treffen können. Andererseits sind die Systemverknüpfungen zwischen den USA und dem von ihnen abhängigen Venezuela aber so tiefgreifend, daß die Nutzung des außenpolitischen Spielraums weniger ein eigener Weg ist als vielmehr der Versuch, die weiterhin dominierende Stellung der USA zu kompensieren.

Es wird leicht übersehen, daß Venezuela als Gründungsmitglied der OPEC nicht nur im Nord-Süd-Konflikt, sondern auch bei der Entwicklung der Strategien der Dritten Welt überhaupt eine herausragende Rolle gespielt hat. In die Diskussion um die neue Weltwirtschaftsordnung hat es seine jahrzehntelangen Erfahrungen mit den mächtigsten multinationalen Firmen — den Erdölgesellschaften — eingebracht. Gerade weil die Abhängigkeit Venezuelas von den USA so groß ist, ist die Sensibilität gegenüber den Problemen, die diese Abhängigkeit mit sich bringt, in Venezuela so ausgeprägt. Auch diese Erfahrung verbindet es mit Mexiko. Innerhalb der OPEC freilich sieht sich Venezuela eher in einer Mittlerrolle: es ist zwar an hohen Preisen für sein Erdöl interessiert, will aber andererseits im Gegensatz zu den arabischen Ländern keinen politischen Druck auf die USA ausüben, weil es in dem Öl keine politische Waffe zur Lösung regionaler Probleme sieht.

Ein weiteres wichtiges Moment für die Rolle Venezuelas als Entwicklungspol liegt darin, daß aufgrund seiner demokratischen Stabilität die sozial- und christdemokratischen Parteien Lateinamerikas in ihm das demokratische Zentrum der Region sehen. So werden auch die internationalen Parteibeziehungen zu anderen lateinamerikanischen Ländern weitgehend über Venezuela abgewickelt. Diese Art zivilen Einflusses auf Eliten im Wartestand ist ein weiteres Plus für Venezuelas Position als Entwicklungspol in Lateinamerika.

Die drei entscheidenden Entwicklungspole in Lateinamerika — Mexiko, Brasilien und Ve-

nezuela — haben ihre Position vornehmlich aufgrund ihrer wirtschaftlichen Potenz erreicht. Aber auch ihre sehr unterschiedliche interne Struktur und die damit verbundene jeweilige politische Stabilität dient divergierenden gesellschaftlichen Gruppen in allen lateinamerikanischen Ländern als Vorbild für die eigene Entwicklung: Demokratisch gesinnte Politiker orientieren sich an Venezuela, Anhänger des Einparteiensystems an Mexiko und Befürworter der „Politik der nationalen Sicherheit“ an Brasilien.

4. Argentinien

Es ist schwer zu entscheiden, ob Argentinien — das lange Zeit führende Land Lateinamerikas — lediglich aus historischer Sicht oder aber in Erwartung eines neuen Aufstiegs zu den Entwicklungspolen der Region gerechnet werden soll. Es gibt in Lateinamerika nur wenige Länder, die eine ähnliche Position wie Argentinien erreicht haben. Auch heute noch ist Argentinien mit seinen nur 26 Mio. Einwohnern aufgrund seiner Ressourcenausstattung und seiner gesamtgesellschaftlichen Entwicklung das relativ reichste Land Lateinamerikas. Der Reichtum Argentiniens liegt nicht nur darin, daß es in fast allen wesentlichen Produkten einschließlich des Erdöls Selbstversorger ist, sondern auch darin, daß sein Erziehungswesen, seine Infrastruktur und viele andere Faktoren, die ein modernes Staatswesen ausmachen, in der Region bei weitem am höchsten entwickelt sind. Noch zu Kriegsende war Argentinien sogar das sechstreichste Land der Erde, das sich aufgrund seiner indirekten Zugehörigkeit zum britischen Weltreich Kanada und Australien fast stärker verbunden gefühlt hat als seinen lateinamerikanischen Nachbarn.

In den letzten Jahren hat Argentinien jedoch einen außerordentlichen Abstieg durchmachen müssen. Wohl kein anderes Land Lateinamerikas ist von einer ähnlichen politischen Dauerkrise erschüttert worden, wie sie in Argentinien de facto schon seit 1955 anhält. Bürgerkriegsähnliche Zustände haben zwischen 1974 und 1977 das Land an den Rand des Chaos gebracht, dessen Folgen in absehbarer Zeit kaum überwindbar sein dürften.

Der Versuch Peróns, die Arbeiterschaft in das politische System des Landes zu integrieren, ohne den Oberschichten ihre wirtschaftliche Position zu nehmen, hatte zwar in der Zeit der vollen Kassen — also insbesondere in den direkten Nachkriegsjahren — einen gewissen

Erfolg, erwies sich jedoch in seiner Wiederauflage 1973 als unmögliches Vorhaben. Andererseits ist es zwischen 1955 und 1973 weder zivilen noch militärischen Regierungen gelungen, ohne die politische Beteiligung der Arbeiterklasse zu regieren; auch vorläufig ist ein innenpolitischer Konsensus nicht in Sicht. Die gut organisierte Arbeiterschaft wehrt sich trotz aller militärischen Repression heftig dagegen, den wirtschaftspolitischen Abstieg des Landes allein tragen zu müssen, und die Militärs sind untereinander selbst zerstritten über den erfolgversprechenden Weg, aus der Dauerkrise des Landes herauszukommen. Sie haben auch nicht die Absicht, in naher Zukunft das politische System wieder in zivile Hände zu überführen. Insofern sind in Argentinien sicherlich die internen Stabilitätsvoraussetzungen, wie sie bei den anderen drei Entwicklungspolen Lateinamerikas bestehen, nicht gegeben.

Aus diesen Gründen hat Argentinien auch innerhalb der Region an Ansehen sehr verloren. Die traditionelle Rivalität zu Brasilien, die sich zumeist im Kampf um Einfluß in den Pufferstaaten Bolivien, Paraguay und Uruguay niederschlug, hat sich inzwischen abgeschwächt, denn Brasilien hat zumindest in absoluten Zahlen Argentinien längst überrundet. Andererseits ist Argentinien gerade aufgrund seiner gesamtgesellschaftlichen Entwicklung und dem Prof-Kopf-Einkommen immer noch ein ernst zu nehmender Rivale. Insbesondere im Kampf um künftige Energiequellen werden die Auseinandersetzungen mit Brasilien sowohl hinsichtlich der Nutzung von Wasserkraft im Paraná-Gebiet als auch hinsichtlich des Ausbaus der Nuklearenergie in beiden Ländern vorläufig nicht abklingen. Auch gegenüber dem anderen Nachbarn — Chile — stehen Ressourcenkonflikte im Vordergrund, denn der eher legalistisch erscheinende Disput um die drei kleinen Inseln im Beagle-Kanal ist nur vor dem Hintergrund der möglichen Nutzung der 200-Seemeilen-Wirtschaftszone in diesem Bereich zu verstehen.

Auch im engeren regionalen Bereich scheint es dem Entwicklungspol Argentinien an Attraktivität zu fehlen. Dennoch sehen seine Nachbarstaaten in ihm ein gewisses außenpolitisches Korrektiv zu dem als expansiv eingestuften Brasilien. Für die ganze Region könnte aber Argentinien schon in der nächsten Dekade nach einer möglichen innenpolitischen Stabilisierung insofern wieder attraktiv werden, weil es im technologischen Be-

reich und kulturell seine führende Position bisher hat halten können und damit für alle spanisch-sprachigen Länder der Region ein Anziehungspunkt bleiben wird.

Auch die traditionell anti-amerikanische Haltung Argentiniens, die nur zeitweilig unter den Militärregimen etwas abgeklungen ist, stärkt Argentiniens etwas schwache Position als Entwicklungspol. Denn es hat die USA immer als Rivalen und niemals als Partner in der Hemisphäre betrachtet. Argentinien war in seiner ganzen Geschichte stets stärker europa-orientiert und stand als Nahrungsmittel-exporteur auf dem Weltmarkt in Konkurrenz zu den USA. Die derzeitige Kritik der Carter-Regierung an Argentinien wegen der kontinuierlichen Verletzung der Menschenrechte und die daraus resultierende Kredit- und Waffenexportsperr von seiten der USA hat jetzt auch die argentinischen Militärs getroffen, die bisher relativ pro-amerikanisch ausgerichtet waren. Daher sind die nordamerikanisch-argentinischen Beziehungen zur Zeit auf dem tiefsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg. Sie werden auch mittelfristig wohl kaum besser werden, denn unabhängig von der jetzigen Politik Carters zeigen die Argentinier keine Neigung, sich US-amerikanischen Interessen unterzuordnen. Andererseits ist Argentinien für die USA von weit geringerer wirtschaftlicher und strategischer Bedeutung als Mexiko und Brasilien oder selbst Venezuela, und deswegen dürften die USA auch ihreseits keine großen Anstrengungen unternehmen, Argentinien in irgendeiner Form entgegenzukommen.

Diese mangelnde interamerikanische Komponente läßt sich auch dadurch erklären, daß

sich Argentinien — nicht zuletzt aufgrund seiner starken europäischen Einwanderung — immer als das europäischste Land Lateinamerikas gefühlt hat.

Auch in den Handelsbeziehungen spielt Westeuropa bei den Importen und Osteuropa bei den Exporten inzwischen die entscheidende Rolle, da Argentinien die traditionellen Märkte für seine Produkte durch eine entsprechende Politik der EG verlorengegangen sind. Ideologisch und sicherheitspolitisch hat Argentinien aber gerade in den letzten Jahren zunehmend auch Kontakt zu Südafrika gesucht. Trotzdem ist Argentinien als einziger der vier Entwicklungspole auch weiterhin Mitglied in der Blockfreien-Bewegung, wenn auch die jetzige Militärregierung von dieser Mitgliedschaft sehr wenig Gebrauch macht. Diese internationale Position erinnert an die „Dritte Position“ Peróns, der lange vor dem Emanzipationsstreben der Entwicklungsländer bereits nach einem Dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus gesucht hatte. Perón war nicht zuletzt aufgrund der extremen geographischen Lage Argentiniens immer der Meinung, daß ein Land wie Argentinien die Welt nicht aus dem Blickwinkel des Ost-West-Konflikts betrachten sollte.

Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß bei einem Wechsel des innenpolitischen Kurses eine argentinische Politik des „Dritten Weges“ wieder relevant werden könnte. Gerade aufgrund seiner weitreichenden internationalen Erfahrungen könnte dann Argentinien durchaus eine wichtige Position innerhalb des Nord-Süd-Konflikts einnehmen und dadurch auch seine derzeit eher reduzierte Rolle als Entwicklungspol aufwerten.

III. Zehn Thesen zur Entwicklung Lateinamerikas in den achtziger Jahren

1. In Lateinamerika wird sich in absehbarer Zukunft kein einheitlicher politischer oder wirtschaftlicher Trend abzeichnen. Die allzu großen Unterschiede der wirtschaftlichen und sozialen Ausgangslage der verschiedenen Länder ermöglichen auch keine einheitlichen Zielvorstellungen. Gewisse Perspektiven ergeben sich jedoch für die Rahmenbedingungen der allgemeinen Entwicklung.

2. In fast allen lateinamerikanischen Ländern sind die Gesellschaften in einem rapiden Wandlungsprozeß begriffen. Aus diesem

Grund sind politische Instabilitäten trotz militärischer Herrschaftsmodelle auch in der nächsten Dekade unumgänglicher Bestandteil der Entwicklung. Demokratie wird dabei als Ziel und nicht als gesellschaftlicher Prozeß angesehen.

3. Die wirtschaftliche Entwicklung wird mit unterschiedlicher Gewichtung innerhalb der Region etwa im gleichen Umfang oder sogar stärker als im letzten Jahrzehnt voranschreiten. Diese Entwicklung wird jedoch aller Voraussicht nach keine gerechtere Verteilung in-

nerhalb der sozialen Schichten mit sich bringen und daher nicht zu einem gesamtgesellschaftlichen Fortschritt in der Region oder auch nur zur minimalen Bedürfnisbefriedigung aller seiner Bewohner beitragen.

4. Der Nationalismus wird in den verschiedenen Staaten Lateinamerikas weitere virulente Phasen durchlaufen. Der heute noch vorherrschende Anti-Amerikanismus wird durch den langsamen Rückzug der USA aus der Region leicht abgebaut werden. Demgegenüber wird die Opposition gegen die neuen regionalen Entwicklungspole vermutlich zunehmen. Die Suche nach einer eigenständigen Position wird bei vielen Staaten extreme Formen annehmen, so daß sich kriegerische Auseinandersetzungen innerhalb Lateinamerikas nicht ausschließen lassen.

5. Die Ablehnung der Familienplanung durch die meisten Regime wird zu einer enormen Bevölkerungsexplosion führen. Eine annähernde Verdoppelung der bisherigen 330 Mio. Einwohner Lateinamerikas auf 600 Mio. zu Ende dieses Jahrhunderts gilt als sicher. Die dadurch ins Unermeßliche steigende Arbeitslosigkeit dürfte schon in der nächsten Dekade selbst bei relativ erfolgreichen Regierungen zu einer extremen Systemgefährdung führen.

6. Erfahrungsgemäß werden in Lateinamerika Entwicklungsetappen oft übersprungen. Andererseits haben einige Staaten der Region auch weltwirtschaftlich- oder systembedingte Abstiegsphasen durchgemacht. Uruguay, Chile und Argentinien waren in den siebziger Jahren dafür die krassesten Beispiele. In den achtziger Jahren werden mit ziemlicher Sicherheit andere Staaten einen ähnlichen Weg gehen müssen.

7. Die Industrialisierung der Region in der letzten Dekade hat auch den direkten Einfluß der USA auf die lateinamerikanische Wirtschaft teilweise verringert. Die offensichtliche außenwirtschaftliche Diversifizierung hat dazu geführt, daß das wirtschaftliche Engage-

ment der USA nicht so stark zugenommen hat wie das anderer Industrieländer, z. B. der Bundesrepublik und Japans. Dieser Prozeß wird sich in den nächsten Jahren noch verstärken, obwohl andererseits die USA alles versuchen werden, nicht von den wichtigen Rohstofflagern, Industriegütermärkten und Investitionsmöglichkeiten in Lateinamerika abgeschnitten zu werden. Die generelle Abhängigkeit Lateinamerikas vom Kapital- und Technologieimport aus den Industrienationen wird aber eher zu- als abnehmen.

8. Aus strukturellen Gründen wird sich Lateinamerika in den achtziger Jahren stärker mit der Dritten Welt identifizieren, als dies bereits in den siebziger Jahren erkennbar war. Nur ein einseitiges und politisch noch nicht vorhersehbares Entgegenkommen der Industrieländer gegenüber den wirtschaftlichen Erwartungen Lateinamerikas könnte einen solchen Prozeß verhindern.

9. Lateinamerikas Beziehungen zu Europa könnten sehr ungewöhnliche Formen annehmen, falls es Westeuropa gelingen sollte, sich vom Image eines Juniorpartners der USA freizumachen. Bei nahezu gleichem Angebot an Kapital, Know-how und Marktzugang würde Lateinamerika nicht zuletzt wegen der geringeren politischen Pressionsmöglichkeiten Europa immer den Vorzug in einer Partnerschaft einräumen. Dies gilt insbesondere dann, wenn Europa in Zukunft bereit sein sollte, seine Kooperation ohne ordnungspolitische Vorbehalte anzubieten und auf den Export eigener Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle zu verzichten.

10. Auch in Zukunft wird die Umverteilung von Macht, Einfluß und Wohlstand nicht nur innerhalb der Staaten Lateinamerikas gefordert werden. Es ist zugleich eine Forderung der Region insgesamt an das jetzige internationale und weltwirtschaftliche System. Diese Forderung wird auch von all den Staaten Lateinamerikas vehement unterstützt werden, die eine solche Umverteilung innerhalb der eigenen Gesellschaft strikt ablehnen.

Die kubanische Revolution 1959–1976

Darstellung und Analyse

I. Einleitung

Jede Revolution ist ein Wandlungen durchlaufender, historischer Prozeß, dessen zeitliche Begrenzung weitgehend vom Willen des Betrachters abhängt.

Auf Kuba begann der bewaffnete, vor allem mit terroristischen Mitteln geführte Kampf gegen die 1952 durch einen Putsch an die Macht gelangte Batista-Regierung lange vor dem Dezember 1956, als Fidel Castro gemeinsam mit 82 Genossen auf der Yacht *Granma*, aus Mexiko kommend, landete. Die Batista-Luftwaffe griff die Besatzung der *Granma* an, und Castro zog mit den am Leben gebliebenen Gefährten in die Sierra Maestra. Kurz darauf begann der Partisanenkampf, der Ende 1958 mit dem Sturz des Diktators — und einige Tage später mit dem Einzug Castros in Havanna — endete.

Diese zweijährige Periode soll hier als Prolog dargestellt werden. Anschließend wird sich die Arbeit der Revolution selbst zuwenden, die in zwei große Perioden eingeteilt werden kann:

a) die charismatische, vom Willen des einen Führers geprägte Periode (1959 bis 1969/70);

b) die Zeit der Normalisierung, um mit Max Weber zu reden, der „Veralltäglichen des Charismas“, oder der Institutionalisierung der Revolution unter sowjetischem Einfluß und nach sowjetischem Muster, deren Ansatz auf den August 1968 zurückgeht, die aber selbst erst 1970/71 ins Werk gesetzt wurde und 1976 den Abschluß fand.

Im folgenden wird vor allem auf den ersten Abschnitt der Revolution eingegangen, ihre einzelnen Phasen geschildert und anschließend eine Analyse dieser historisch einzigartigen Entwicklung versucht.

Danach soll dann eine kurze Darstellung der Normalisierungsperiode und der wichtigsten, während ihres Verlaufs geschaffenen Institutionen folgen. Die Arbeit wird mit einer unvermeidlicherweise subjektiven Bewertung der Ergebnisse der kubanischen Revolution enden ¹⁾.

II. Prolog: Der Kampf um die Macht

Als Castro nach Kuba aufbrach, hatte er nicht die Absicht, einen lange währenden Partisanenkampf zu beginnen. Die Ankunft sollte vielmehr mit einem Aufstand zusammenfallen, den eine Gruppe seiner Anhänger in der Stadt Santiago plante. Doch kam die *Granma* erst an, als der Aufstand bereits niedergeschlagen war und landete am falschen Ort, einem sumpfigen Küstenstrich, wo sie sofort entdeckt, von den Streitkräften angegriffen und fast völlig vernichtet wurde. So kam es, daß sich Castro einige Tage nach einer Landung mit

einer winzigen Schar Getreuer (angeblich waren es zwölf) wiederfand und beschloß, einen

¹⁾ Eine Gesamtdarstellung der kubanischen Geschichte von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zur Mitte der sechziger Jahre im 20. Jahrhundert kann der interessierte Leser in dem umfangreichen Buch des britischen Historikers Hugh Thomas, *Cuba or the Pursuit of Freedom*, London 1971, finden. Für die Geschichte der kubanischen Revolution verweise ich auf mein Buch „Lateinamerika und die kubanische Revolution“, Köln—Berlin (1963), während die Guerilla-Bewegung und die besondere

aussichtslos scheinenden Guerillakrieg zu beginnen.

Die Batista-Regierung hatte noch im Dezember 1956 offiziell mitgeteilt, Castros Expedition sei kurz nach ihrer Landung gänzlich aufgerieben worden; sie behauptete noch zwei Monate später, es gäbe keine Partisanen in den Bergen. Doch im Februar 1957 gelangte der nordamerikanische Journalist und Korrespondent der *New York Times*, Herbert Matthews, von Castro-Anhängern aus Havanna in die Sierra Maestra geführt, zu den Partisanen. Deren Gesamtzahl belief sich auf 18, doch gelang es Castro, dem gutgläubigen Nordamerikaner vorzuspiegeln, es handle sich bei diesen 18 nur um einen kleinen Teil seiner Kämpfer. Matthews' Bericht, am 24. Februar 1957 in New York veröffentlicht, wurde sofort auf Kuba bekannt. Dieser Publicity-Erfolg brachte den Durchbruch, Castro erlangte Weltberühmtheit, während Batista als Lügner entlarvt wurde. Im Mai 1957 kamen zwei nordamerikanische Fernsehkorrespondenten nach Kuba und drehten einen Film, der von der CBS noch im selben Monat gezeigt wurde. Die inzwischen 127 Mann zählenden Partisanen konnten ihr erstes kleines Gefecht gewinnen: Sie überwältigten ein kleineres Militärlager in den Bergen, wobei sechs Angreifer und 14 Soldaten ihr Leben verloren. Gleichwohl gab es noch Mitte 1958 weniger als 300 Guerilleros, deren Zahl jedoch in den letzten Wochen vor dem Sturz Batistas rapide zunahm ²⁾.

Ideologie des Castrismus in meinem Buch „Kommunismus in Lateinamerika“, Stuttgart 1971, skizziert wird.

Drei wichtige Bücher zum Thema sind — soweit mir bekannt — nie in deutscher Sprache erschienen: Theodore Draper, *Castroism — Theory and Practice*, New York 1965; René Dumont, *Cuba — est-il Socialiste?*, Paris 1970; K. S. Karol, *Les Guerrilleros au pouvoir*, Paris 1970.

Jorge Edwards, der erste von der chilenischen Allende-Regierung nach Havanna entsandte Diplomat, schildert in seinem Buch: *Persona non grata*, Barcelona 1973, die Lage zu Beginn der 1970er Jahre, besonders das System der allgemeinen Bespitzelung; Pierre Golendorf, *7 ans à Cuba*, Paris 1976, ein der KPF angehörender Intellektueller, beschreibt, was er auf Kuba zwischen 1967 und 1974 erlebt hat, insbesondere seine Verhaftung durch die kubanische Geheimpolizei, die Verhöre, denen er unterzogen wurde, und die Zustände in den kubanischen Gefängnissen. Für eine kurze, gut dokumentierte und objektive Darstellung der Normali-

Wie aber vermochte eine so kleine Schar eine Armee von über 30 000 Soldaten zu besiegen? Zunächst einmal, weil es neben Castros „Bewegung des 26. Juli“ noch andere aktive Oppositionsgruppen gab; zweitens wegen des Terrors und des Kampfes in den Städten; zum dritten, weil Batista infolge der Korruption seiner Regierung und des von seiner Polizei entfachten konterrevolutionären Terrors nicht nur die Sympathien der Kubaner, sondern auch die der nordamerikanischen Regierung verloren hatte, die im März 1958 ein Waffenembargo für Lieferungen an Kuba verhängte; schließlich, weil die seit eh und je nicht sonderlich kampfwillige, von ebenso korrupten wie unfähigen Offizieren geführte Armee durch die wachsende Antipathie der kubanischen Bevölkerung wie auch durch das Washingtoner Waffenembargo völlig demoralisiert wurde und sich aufzulösen begann. Hugh Thomas hatte so unrecht nicht, als er schrieb, die Gründe für den Fall Batistas seien weniger in der Sierra Maestra als in den Straßen Havannas und Santiagos sowie in Washington zu suchen ³⁾. Niemand weiß genau, wie hoch die Zahl der Todesopfer war, die der zwei Jahre dauernde Kampf in den Bergen und Städten auf beiden Seiten gekostet hat. Sie mag ungefähr zwischen 1 000 und 2 500 gelegen haben, war aber gewiß geringer als die Zahl der Opfer des nur zwei Wochen währenden Bürgerkrieges, der im September 1978 in Nicaragua geführt wurde.

sierung der kubanischen Revolution siehe Carmelo Mesa-Lago, *Cuba in the 1970's*, revised ed., University of New Mexico Press, Albuquerque 1978.

²⁾ Nach Angaben von Castro, die er in einer Rede Anfang Dezember 1961 machte, hatten sich Mitte 1958 etwa 300 Partisanen in der Sierra Maestra um ihn geschart. S. die Tageszeitung *El Mundo*, La Habana, 2. Dezember 1961.

K. S. Karol schreibt, daß es zu keiner Zeit in der Sierra Maestra mehr als 280 Partisanen gegeben hat. Auch wenn man großzügig sein will und die Rekruten einbezieht, die sich in der letzten Phase des Kampfes in sehr großer Zahl den Rebellen anschlossen, hat ihre Gesamtzahl 2 000 nie überschritten. „Von Anfang bis Ende bildeten die in den Städten rekrutierten Kämpfer mindestens 60 Prozent, anderen Schätzungen zufolge sogar 80 Prozent der Gesamtzahl.“ S. Karol, a. a. O., S 167. — Ähnliche Zahlen nennt auch Hugh Thomas, a. a. O., S. 1042.

³⁾ Hugh Thomas, a. a. O., S. 941.

III. Die charismatische Revolution

1. Die „humanistische“ Phase

Als Fidel Castro unter dem Jubel der Massen in Havanna einzog, war er so frei, wie kaum ein revolutionärer Führer vor ihm es je gewesen war: Armee und Polizei existierten nicht mehr, der Rest des Staatsapparats bestand aus Opportunisten, von denen viele mit der Revolution sympathisierten. Die alten politischen Parteien waren desorganisiert und größtenteils kompromittiert. Die einzige von ihnen, die tatsächlich existierte und über Kader verfügte, war die kommunistische *Partido Socialista Popular*, die zwar Castro als kleinbürgerlichen Putschisten kritisiert hatte und von diesem wegen ihres Opportunismus verachtet wurde, sich nun aber gern bereit erklärte, an der Revolution mitzuwirken. Die Mehrheit der bürgerlichen Schichten, der Techniker, Intellektuellen und Wirtschaftler, deren Söhne zu den Hauptopfern des Polizeiterrors gezählt hatten, war demokratisch eingestellt, reformfreudig und bereit, Castro auf dem Weg einer tiefgehenden demokratischen Revolution, deren Notwendigkeit er selbst immer wieder proklamiert hatte, aktiv beizustehen.

Auch die Mehrheit der Nordamerikaner, sogar die Regierung, bezeugte Sympathien für den romantischen Robin Hood, der Freiheit und Legalität wiederherstellen und die Lage der unteren Volksschichten verbessern wollte. Die „Massen“ jubelten, weil sie von Erwartungen erfüllt waren, die nichts mit einem etwaigen Aufbau des Sozialismus zu tun hatten, was Castro wohl von Anfang an klar erkannte:

„Das Volk war für die Revolution“, erklärte er 1968 in einem Privatgespräch mit K. S. Karol, „weil es von ihr höhere Löhne, mehr Konsumgüter und Wohlstand für alle erhoffte und all dies sofort verwirklicht sehen wollte. Was uns selbst betraf, so kannten wir die realen Möglichkeiten des Landes kaum und verfügten auch über keine machtvolle politische Organisation. Wir mußten alles lernen und beim Nullpunkt beginnen.“⁴⁾ Wenn man aus dem Rathaus kommt, ist man bekanntlich klüger, als wenn man hineingeht. Castro wuß-

te tatsächlich damals nicht, wieviel Wissen und Können ihm und seinen Gefährten fehlte und gab sich dem „Prinzip Hoffnung“ hin. Er wußte aber, daß Kuba ein — im Verhältnis zu anderen unterentwickelten Ländern — reiches Land war, daß es nach der günstigen Entwicklung der Jahre 1956—1958 trotz der Revolution über eine intakte Wirtschaft verfügte, so daß er imstande sein würde, aus dem Vollen zu schöpfen.

In zahlreichen Reden auf Plätzen, Straßen, im Radio und im Fernsehen trat er immer wieder als Demokrat auf, versprach baldige Parlamentswahlen, die Abschaffung jeglicher Pressezensur, das Ende aller Verfolgung politisch Andersdenkender und wandte sich — wie vor ihm schon alle linken Parteien auf Kuba — sowohl gegen den Kapitalismus als auch gegen den Kommunismus. „Der Kapitalismus nimmt den Menschen das Brot, der Kommunismus beraubt sie der Freiheit.“ Er versprach die Bestrafung der Batista-Schergen, die Konfiszierung des „unrechtmäßig erworbenen“ Eigentums und eine Agrarreform, die all jenen Land geben würde, die es bearbeiteten⁵⁾.

Er ernannte den demokratischen Richter Urrutia zum Präsidenten der Republik und setzte aus bürgerlichen Schichten stammende Minister ein, die als Gegner Batistas und Anhänger sozialer Reformen bekannt waren. Im April 1959 besuchte er die USA, wo er herzlich, wenn auch von einigen mit Mißtrauen empfangen wurde. Das Angebot einiger prominenter Nordamerikaner an die ihn begleitenden Wirtschaftsexperten, die Revolution finanziell zu unterstützen, lehnte Castro ab⁶⁾.

Castro war also frei in dem, was er zu tun gedachte, aber auch von Anfang an radikaler, als er zu sein vorgab.

So begann die charismatische, ganz vom Willen und Hoffen ihres Führers bestimmte dynamische und immer radikaler werdende Revolution — eine Revolution, die die mit ihr

⁵⁾ Für Belege und Zitate s. B. Goldenberg, Lateinamerika und die kubanische Revolution, a. a. O., S. 255 f.

⁶⁾ Ebd., S. 264.

⁴⁾ K. S. Karol, a. a. O., S. 476.

sympathisierenden Spezialisten und Fachleute bald enttäuschte und sich von ihnen befreite, ohne sie wirklich ersetzen zu können — eine Revolution, die auf objektive Gegebenheiten keine Rücksicht nehmen wollte und die bereits in der Mitte des Jahres 1959 ihre erste demokratische, oft als „humanistisch“ charakterisierte Phase durchlaufen hatte.

2. Antikommunismus = Konterrevolution

Bereits im Juni 1959 begannen sich *Demokraten* — auch und vor allem Anhänger des „26. Juli“ — über die Erstarkung des kommunistischen Einflusses und das Eindringen von Kommunisten in die neu entstehende Verwaltung Sorgen zu machen, und *Ökonomen* klagten über die rapiden Veränderungen, die auf Befehl Castros die kubanische Wirtschaft umwälzten. Anfang Juli erklärte Präsident Urrutia, die Revolution müsse sich vor den Kommunisten in acht nehmen, worauf Castro mit seinem Rücktritt als Ministerpräsident drohte. Das rief einen Proteststurm in der Bevölkerung hervor, der ihn zum Widerruf seines nie ernst gemeinten Rücktrittsangebots veranlaßte und Präsident Urrutia sein Amt kostete; er mußte in der venezolanischen Botschaft Asyl suchen, während die Minister, einer nach dem anderen, demissionierten und durch neue, „wirklich revolutionäre“ ersetzt wurden. Jede Kritik an Kommunisten wurde nun als konterrevolutionär gebrandmarkt. Die „Bewegung des 26. Juli“ begann sich zu zersetzen und wurde einer ersten Säuberung unterzogen. Das bekannteste Opfer dieser „Säuberung“ war der Major der Rebellenarmee, Huber Matos, den Castro zum Gouverneur der Provinz Camaguey ernannt hatte. Anfang Oktober schrieb Matos einen Brief an Castro, in dem er gegen den wachsenden Einfluß der Kommunisten Einspruch erhob und — als Zeichen seines Protests — sein Amt als Provinzgouverneur niederlegte. Castro ließ ihn daraufhin verhaften und stellte ihn im Dezember 1959 vor ein revolutionäres Tribunal, das ihn nach einer langen Anklagerede Castros, die keinerlei konkrete Beschuldigungen enthielt, zu einer Gefängnisstrafe von 20 Jahren (sic!) verurteilte ⁷⁾.

⁷⁾ Unter Batista war Castro, der am 26. Juli 1953 einen Putschversuch unternommen hatte, zu 15 Jahren Gefängnisstrafe verurteilt, aber bereits 1955 amnestiert worden.

Im November wurde die in der Freiheit neu erstandene Gewerkschaftsbewegung gleichgeschaltet. Die kurz zuvor gewählte Führung, an deren Spitze als Vertreter der „Bewegung des 26. Juli“ David Salvador stand, wurde des Antikommunismus beschuldigt, auf dem Gewerkschaftskongreß nach einem persönlichen Eingreifen Castros abgesetzt und gegen eine neue, prokommunistische Leitung ausgetauscht. David Salvador versuchte einige Wochen später, aus Kuba zu fliehen, wurde aber dabei gefaßt und inhaftiert.

Im Verlauf der Jahre 1959 und 1960 fanden ökonomische Veränderungen statt, die in den Unterschichten Begeisterung, in den Mittel- und Oberschichten größte Sorge hervorriefen. Bereits Ende 1959 setzte eine Massenflucht aus Kuba ein.

Die Besitzungen der Anhänger Batistas und „unrechtmäßig erworbenes“ Eigentum wurden konfisziert, wobei Castro allein entschied, wer bzw. was in diese Kategorien fiel.

Infolgedessen entstand innerhalb kurzer Zeit ein gewaltiger heterogener staatlicher Wirtschaftssektor, der aus Banken, Landgütern, Privathäusern, Industrieunternehmen, Handelsfirmen, Läden und Hotels bestand. Er dehnte sich aus, nachdem Castro alle Mieten um die Hälfte kürzte und die Bodenpreise drastisch senkte, was zum Zusammenbruch des Hypothekenmarktes und zum Stillstand des gesamten privaten Wohnungsbaus führte, so daß der Bausektor verstaatlicht werden mußte. Ferner trat im Dezember 1959 ein Dekret in Kraft, das den Staat ermächtigte, Firmen zu enteignen, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten waren oder ihre Produktion vermindert hatten. Dazu gesellte sich noch die Konfiszierung der Besitzungen all jener, die das Land ohne Genehmigung der Regierung verlassen hatten.

Gleichzeitig wurden die vormals den Reichen vorbehaltenen privaten Klubs dem Volke geöffnet, wurden moderne „Musterdörfer“ mit asphaltierten Straßen gebaut, Wohnhäuser errichtet, die außerordentlich komfortabel eingerichtet waren; Kinderkrippen, Schulen und Krankenstationen entstanden, und Parks für das Volk wurden angelegt. Im Dezember 1960 erklärte Guevara, der zunächst zum Chef der Nationalbank, dann zum Leiter des neuge-

schaffenen „Nationalen Instituts für Agrarreform“ (INRA) ernannt worden war: „Wir verlangsamten bewußt unsere Entwicklung. Wir schaffen Klubs für das Volk, eröffnen Kinderheime und bauen Tausende von Häusern, obwohl wir wissen, daß es — vom wirtschaftlichen Standpunkt betrachtet — besser wäre, Fabriken zu errichten. Aber wir wollen im Volk das Gefühl erzeugen, daß unsere Revolution im Interesse und für das Wohl der großen Mehrheit verwirklicht wird.“⁸⁾

Diese Politik entsprach nicht der wirtschaftlichen, wohl aber der politischen Vernunft, da die Revolutionsführung die Volksmassen für sich gewinnen wollte, noch bevor sie über einen vollausgebauten und funktionsfähigen Herrschaftsapparat verfügte.

Dieser Apparat wurde ab 1959 geschaffen. Die Rebellenarmee wurde „gesäubert“, diszipliniert und mit neuen Waffen ausgerüstet. Neben ihr entstanden bewaffnete und im Zustand permanenter Mobilisierung gehaltene Volksmilizen. In allen Dörfern, in jedem Häuserblock der Städte wurden „Komitees zum Schutz der Revolution“ gegründet, deren Aufgabe vor allem darin bestand, jeden Bürger zu beobachten. Darüber hinaus wurde eine neue, von treuen Anhängern Castros geführte politische Polizei, die „G.2.“, aufgebaut. Im Verlauf des Jahres 1960 verschwand auch die Pressefreiheit; alle unabhängigen Zeitungen und Zeitschriften, darunter auch solche, die zu Zeiten Batistas offen ihre Sympathien für die Revolution zum Ausdruck gebracht hatten, mußten ihr Erscheinen einstellen oder wurden von neuen, castro-treuen Redakteuren übernommen.

3. Antiimperialismus und Sozialismus

Während im Verlauf des Jahres 1960 auch eine wachsende Zahl nordamerikanischer Firmen unter den verschiedensten Vorwänden der Konfiskation verfiel, begann auf Kuba eine von Castro geleitete und inszenierte, immer schärfer werdende, gegen die USA gerichtete *anti-imperialistische* Kampagne.

⁸⁾ Obra Revolucionaria, La Habana 25. Januar 1961, S. 6.

Als die von der Radikalisierung der kubanischen Revolution überraschte Eisenhower-Regierung, die seit Mai 1960 immer wieder vergeblich versucht hatte, mit Castro Verhandlungen aufzunehmen, als Antwort auf die Beschlagnahme von nordamerikanischen Unternehmen ein Embargo auf die meisten für Kuba bestimmten Exporte verhängte, ließ Castro im Oktober 1960, nachdem er bereits die Grundlagen für die Zusammenarbeit mit der UdSSR gelegt hatte, sämtliche noch in nordamerikanischem Besitz verbliebenen Firmen verstaatlichen. Washington verhängte daraufhin einen Boykott aller Lieferungen nach Kuba und stoppte auch den Ankauf kubanischen Zuckers. Dieser *Boykott* verwandelte sich in Castros Propaganda in eine *Blockade* der revolutionären Insel. Dieser Ausdruck wurde sofort von der gesamten Linken der westlichen Welt aufgegriffen, obwohl ein bloßer Blick in ein Wörterbuch genügt hätte, um die demagogische Entstellung des wirklichen Sachverhalts zu enthüllen. Tatsächlich konnten ja damals — wie auch im Verlauf der folgenden Jahre — alle Schiffe aus dem Ostblock und auch aus „kapitalistischen“ Ländern kubanische Häfen ungehindert anlaufen, ihre Ladungen löschen und kubanische Erzeugnisse laden. Der Bruch mit den USA wurde erst möglich, als die Sowjetunion sich dazu verpflichtete, Kuba zu helfen, es mit allen notwendigen Produkten zu versorgen und den kubanischen Zucker abzunehmen.

Es waren also nicht die Nordamerikaner, die Kuba angegriffen und in die Arme des Ostblocks getrieben hatten; ursächlich für die Hinwendung Kubas zur Sowjetunion war — so unglaublich dies auch scheinen mag — der kubanische David selbst, der den benachbarten Goliath herausforderte, vielleicht weil, wie Castro es ausdrückte, jede wirkliche Revolution einen Feind brauche, um ihren Elan nicht zu verlieren.

Als dann im April 1961 ein von Nordamerikanern ausgebildetes und bewaffnetes Expeditionskorps von Exilkubanern versuchte, auf Kuba zu landen, war Castro gerüstet. In der „Schweinebucht“ (*Playa Girón*) erlitten die Angreifer eine vernichtende Niederlage, nicht zuletzt deshalb, weil der neue US-Präsident Kennedy sich weigerte, sie aus der Luft zu unterstützen oder gar nordamerikanische Truppen einzusetzen.

Der Sieg in der Schweinebucht verschaffte Castro gewaltiges internationales Prestige und entfachte im kubanischen Volk einen neuen Nationalstolz, der alle Kritik an den bereits vorhandenen wirtschaftlichen Nöten zum Verstummen brachte. Nun wurde auch zum ersten Male der sozialistische Charakter der kubanischen Revolution offiziell verkündet. Weit größeres Aufsehen und Staunen erweckte dann eine Rede, die Castro im Dezember 1961 hielt und in der er erklärte, schon seit langem Marxist-Leninist gewesen zu sein. Überrascht waren sowohl die kubanischen Kommunisten als auch die Sowjetführer, die jedoch beide aus diesem unerwarteten Bekenntnis Vorteile zu ziehen gedachten: die Kommunisten Kubas, weil sie nun gewiß waren, die Leitung der geplanten neuen revolutionären Partei, der ORI (*Organizaciones Revolucionarias Integradas*), die aus einer Verschmelzung der „Bewegung des 26. Juli“, des „Revolutionären Direktoriums“ (einer Organisation, die unabhängig von Castro gegen Batista gekämpft hatte) und der kommunistischen P.S.P. gebildet werden sollte, übernehmen zu können; die Sowjets, weil sie sich nun der Solidarität eines revolutionären Staates, der sich unter das Banner des Marxismus-Leninismus gestellt hatte, sicher wähnten.

4. Die doppelte Enttäuschung von 1962

Doch bereits das Jahr 1962 bescherte sowohl den kubanischen Kommunisten als auch Moskau eine bittere Enttäuschung. Im März, nur wenige Tage nachdem die Führung der ORI (in der die P.S.P. ausschlaggebenden Einfluß hatte) benannt worden war, wandte sich Castro in einer Rede gegen deren wichtigsten Repräsentanten, Anibal Escalante, der Organisationssekretär in der P.S.P. gewesen war und das gleiche Amt auch in der ORI übernommen hatte. Castro warf ihm Sektierertum vor, beschuldigte ihn, eine Diktatur der Kommunisten errichten zu wollen und ließ ihn kurzerhand absetzen. Einige prominente Kommunisten versuchten sofort, von Escalante abzurücken, was ihnen jedoch wenig half. Der Stern der Altkommunisten begann zu sinken. Viele von ihnen verloren ihre Posten, die sie in Wirtschaft und Verwaltung innegehabt hatten, manche verschwanden gänzlich von

der politischen Szene und mußten ins Ausland gehen.

Hierbei handelt es sich um einen Machtkampf innerhalb der revolutionären Führung, der auch wirtschaftliche Ursachen hatte. Die Versorgungslage der kubanischen Bevölkerung hatte sich bereits seit Ende 1961 rapide verschlechtert. Am 13. März 1962 wurde eine drakonische Rationierung eingeführt, die fast alle Produkte — Nahrungsmittel, Textilien, Kosmetika, Reinigungsmittel — umfaßte.

Im Herbst desselben Jahres brach die „Raketekrise“ aus. Chruschtschow mußte sich unter dem Druck Kennedys dazu verpflichten, die nach Kuba gelieferten und dort bereits aufgebauten Interkontinental-Raketen wieder abzubauen und öffentlich — unter amerikanischer Kontrolle — nach Rußland zurückzutransportieren, was sowohl bei der kubanischen Führung wie auch im kubanischen Volk offen geäußerte Empörung hervorrief. Die Chinesen griffen Chruschtschows „Abenteurerpolitik“ an, seine Stellung in der KPdSU wurde geschwächt, während die Lage der Altkommunisten auf Kuba sich weiter verschlechterte. Um die Kubaner zu beschwichtigen, wurde im November 1962 Mikoyan von Moskau nach Havanna beordert. Er blieb insgesamt 24 Tage dort und wurde während der ersten Woche seines Aufenthaltes von keinem kubanischen Führer empfangen; schließlich vermochte er aber das Klima zwischen beiden Ländern zu verbessern, nachdem er eine weitere und stärkere Wirtschaftshilfe zugesagt hatte.

5. Ein Zwischenspiel — 1963 bis 1964

Der sowjetisch-kubanische Konflikt mußte beigelegt werden, weil beide Staaten einander brauchten, auch wenn in den führenden Kreisen beider Länder Kritik am Partner laut wurde. Die Kubaner — vor allem Guevara — beklagten die zurückgebliebene Technologie der osteuropäischen Länder und die geringe Qualität der oft unbrauchbaren und unpünktlich gelieferten sowjetischen und tschechischen Maschinen und Anlagen. Die Russen wiederum bemängelten die auf Kuba herrschende Desorganisation und machten sich über die ständig wachsende Verschuldung der Kubaner ernsthafte Sorgen. Aber keine der beiden

Seiten konnte auf die andere verzichten, und die Kubaner mußten ihre Kritik an den Russen entschärfen. So schien sich 1963 eine endgültige Beilegung des Konflikts abzuzeichnen. Castro wurde in die UdSSR eingeladen, fuhr im April 1963 nach Moskau und kam erst am 3. Juni — vom großartigen Empfang der Russen begeistert — nach Havanna zurück. Ein neues Abkommen, das die Wirtschaftspolitik Kubas gänzlich verändern sollte, war in der sowjetischen Hauptstadt unterzeichnet worden. Von nun an wurde auf eine schnelle Industrialisierung verzichtet und das entscheidende Gewicht auf den raschen Ausbau und die Modernisierung der kubanischen Landwirtschaft gelegt. Die Produktion von Zucker, Kaffee und Tabak sollte gesteigert und der Viehzucht besonderes Augenmerk geschenkt werden. Die Russen versprachen, dabei mit Technikern und neuen Maschinen zu helfen und die kubanischen Produkte zu hohen Preisen abzunehmen. Eine zweite, aber diesmal kürzere Moskau-Reise Castros folgte im Januar 1964. Nach seiner Rückkehr kündigte Castro in einer Rede (24. Januar) die baldige Lieferung neuartiger, eigens für Kuba entwickelter Maschinen zum Schneiden des Zuckerrohres an und sprach zum erstenmal davon, daß Kuba 1970 eine Ernte von zehn Millionen Tonnen Zucker erreichen würde.

Angesichts der neuen Freundschaft mit Moskau wandte sich Castro bereits ab 1963 gegen diejenigen seiner Anhänger, die die Sowjets und auch die einheimischen Kommunisten allzu scharf kritisiert hatten. Der Chefredakteur des offiziellen Organs der „Bewegung des 26. Juli“, *Revolución*, der zu diesen Kritikern gehört hatte, wurde abgesetzt. *Revolución* und das Organ der Kommunistischen Partei, *Hoy*, wurden 1964 zu einer Tageszeitung verschmolzen, die dann unter dem Titel *Granma* erschien. In der Führung der neugeschaffenen revolutionären Einheitspartei PURS (*Partido Unido de la Revolución Socialista*), die auf die ORI folgte, erhielten die Altkommunisten einige, wenn auch nur wenige Posten.

Doch das Blatt sollte sich wieder — und das noch im gleichen Jahr — wenden. Im November 1964 wurde der prominente Altkommunist Joaquín Ordóquí, bis dahin Mitglied des Zentralkomitees der PURS und stellvertretender Verteidigungsminister, seiner Ämter enthoben

und kurz darauf, gemeinsam mit seiner Frau, die eine bedeutende Rolle in der alten P.S.P. gespielt hatte und bis Ende 1964 verantwortlich für die Kulturarbeit war und der Leitung der PURS angehört hatte, verhaftet und verurteilt.

Einer der wenigen Altkommunisten, die von da ab in der kubanischen Politik noch eine Rolle spielten, war der Ökonom Carlos Rafael Rodríguez, der auch als einziges prominentes P.S.P.-Mitglied 1958 in die Sierra Maestra gekommen und für Castro eingetreten war.

6. Von der kubanischen „Häresie“ zum Ende der charismatischen Phase der Revolution (1965—1970)

Als K. S. Karol 1967 bei seinem dritten Besuch auf Kuba den damaligen Präsidenten der Republik, Dorticós, nach dem Ziel der Revolution fragte, erhielt er eine erstaunliche Antwort: „Es besteht nicht darin, eine sozialistische Gesellschaft zu errichten, sondern darin, in kürzestmöglicher Zeit zum Kommunismus zu gelangen.“ Mit einem Lächeln habe Dorticós hinzugefügt: „Gewiß vertreten wir so eine kleine Häresie“, aber es gebe eben zwischen der kubanischen und der sowjetischen Auffassung gewisse Divergenzen⁹⁾.

Doch die „Häresie“ der Kubaner beschränkte sich nicht auf das Problem des Kommunismus, auf die Beseitigung aller materiellen Produktionsanreize und die in Aussicht gestellte Abschaffung des Geldes. Sie ging weiter, reichte tiefer und wirkte sich auch im Bereich der Institutionen aus.

Es gab auf Kuba keine Verfassung, die die bestehende Ordnung als „Diktatur des Proletariats“ oder als „Volksdemokratie“, als „Staat des realen Sozialismus“ oder sonstwie definiert hätte. Es gab kein Parlament, keine Sowjets und es fanden auch keine noch so manipulierten Wahlen statt. Die „Komitees zum Schutz der Revolution“, die Milizen und die Gewerkschaften bestanden zwar weiter, doch hatten sie alle Autonomie verloren und viel von ihrer Bedeutung eingebüßt. Selbst von einer herrschenden kommunistischen Partei konnte im Ernst nicht gesprochen werden.

⁹⁾ K. S. Karol, a. a. O., S. 356.

Zwar gab es seit 1965 ein Gebilde, das den Namen Kommunistische Partei trug. Aber diese „Partei“ hatte nie einen Gründungskongreß abgehalten, sich nie ein Programm gegeben. Es gab zwar ein Zentralkomitee dieser merkwürdigen Organisation, das auch die Tageszeitung *Granma* als ihr Organ herausgab, doch es trat selten zusammen und bestand nicht aus gewählten Funktionären, sondern aus Leuten, die Castro persönlich ausgewählt und ernannt hatte. Seit 1967, als die Zeitschrift *Cuba Socialista* ohne Angabe von Gründen ihr Erscheinen eingestellt hatte, gab es kein theoretisches Organ der kubanischen Kommunisten. Anfang 1968 wurden die erst kurz zuvor geschaffenen „Kaderschulen“ aufgelöst, und mit ihnen verschwand auch die Zeitschrift *Teoría y Práctica*. Einer theoretischen Zeitschrift kam *Verde Olivo* noch am nächsten, doch wurde sie nicht von der Partei oder einer der Partei unterstellten Organisation, sondern von der Armee herausgegeben, was auf die große Bedeutung der Streitkräfte und die weitgehende Verschmelzung ihrer Kader mit denen der Partei hinweist.

Die zahlreichen kubafreundlichen, aber kritischen Beobachter, die 1968/69 das Fehlen fester Institutionen als zentralen Mangel des Systems bezeichneten¹⁰⁾, hatten dabei nicht

¹⁰⁾ Dieses Fehlen fester Institutionen, die dem „Führer“ Grenzen setzen, stellt ein wesentliches Charakteristikum „charismatischer Herrschaft“ dar. Bezüglich der Parallelen zu Hitler siehe: Sebastian Haffner, Anmerkungen zu Hitler, München 1978, S. 57—59: „Hitler hatte keinen Nachfolger, und es gab keine Verfassung, nach der ein Nachfolger hätte gewählt werden können, und keine Institution, die das ... Recht und die Macht gehabt hätte, einen zu stellen. Die Weimarer Verfassung gilt längst nicht mehr, sie war aber auch nie durch eine andere ersetzt worden. Dem Staat fehlten folglich die Organe, durch die er sich ein neues Oberhaupt hätte geben können. Die möglichen Nachfolge-Kandidaten stützten sich jeder auf einen Staat im Staate: Göring auf die Luftwaffe, Himmler auf die SS, Hess auf die Partei (... die eigentlich fast schon so funktionslos geworden war wie die SA), und dann gab es ja auch noch das Heer ... Alles in allem ein staatliches Chaos, das nur durch die Person Hitlers zusammengehalten und verdeckt wurde ... Und dieses Chaos war Hitlers Schöpfung. — Das Dritte Reich hatte spätestens seit dem Herbst 1934 weder eine geschriebene, noch eine ungeschriebene Verfassung, weder kannte und achtete es Grundrechte, die die Staatsmacht gegenüber dem Bürger beschränkten, noch besaß es auch nur das

ganz recht. Denn es gab die starke, gut geschulte und ausgerüstete Armee, die — ohne politische Eigenständigkeit — als williges Werkzeug der Brüder Castro das Land beherrschte, seine Wirtschaft leitete und die Aufgabe hatte, das kubanische Volk zum Sozialismus zu erziehen, das heißt den neuen „sozialistischen Menschen“, auf den es vor allem Guevara ankam, „von oben und außen“ zu schaffen. Nicht zu Unrecht kennzeichnete der französische Agronom René Dumont, der lange Zeit auf Kuba verbracht und auch Castro selbst beraten hatte, Kuba in seinem 1970 erschienenen Buch als „eine in der Welt einmalige militärische Gesellschaft“ (*une société militaire unique au monde*)¹¹⁾.

Ab 1965 begannen sich die Beziehungen zwischen den „Castristen“ einerseits, Moskau und den von den Sowjets abhängigen lateinamerikanischen kommunistischen Parteien andererseits rapide zu verschlechtern: Einmal, weil die Kubaner Umfang und Art der von den Sowjets geleisteten Wirtschaftshilfe sehr bemängelten, zum anderen, weil sich wachsende strategische Differenzen zwischen den Neukommunisten in Havanna und den orthodoxen Altkommunisten des übrigen Iberoamerika zeigten.

In einer am 25. Februar 1965 in Algier gehaltenen Rede, die beachtliches Aufsehen erregte, beschuldigte Guevara die Sowjets, sich zusammen mit den Imperialisten an der Ausbeu-

unentbehrliche Minimum an Verfassung, nämlich eine Geschäftsordnung des Staates, die die Befugnisse der verschiedenen eigenständigen Machtträger gegeneinander abgrenzt und dafür sorgt, daß ihre Tätigkeiten sinnvoll ineinandergreifen. Hitler hatte im Gegenteil absichtlich einen Zustand hergestellt, in dem die verschiedensten eigenständigen Machtträger unabgegrenzt, nebeneinander konkurrierend und einander überschneidend, nebeneinander und gegeneinander standen, und nur er selbst an der Spitze von allen. Nur so konnte er sich selbst die vollkommen unbeschränkte Handlungsfreiheit nach allen Seiten sichern, die er haben wollte. Denn er hatte das vollkommen richtige Gefühl, daß jede verfassungsmäßige Ordnung die Macht ... einschränkt. Mindestens stößt sich auch der mächtigste Mann eines Verfassungsstaates an Zuständigkeiten ... Er (Hitler) wollte nicht der erste Diener eines Staates sein, sondern Der Führer ... und er erkannte richtig, daß absolute Herrschaft nicht in einem intakten Staatswesen möglich ist, sondern nur in einem gebändigten Chaos.“

¹¹⁾ Dumont, a. a. O., S. 137.

tung der Dritten Welt zu beteiligen, während es ihre Pflicht sei, unterentwickelten Ländern den Weg zu Freiheit und Sozialismus zu finanzieren und für dieses Ziel Opfer zu bringen.

Im Februar 1967 veröffentlichte *Granma* eine anonyme Studie über die Gefahr der Bürokratisierung sozialistischer Systeme mit einer eindeutigen Spitze gegen die UdSSR.

Wichtiger noch waren die *strategischen Differenzen in bezug auf den Weg, den die Revolution in Lateinamerika* zu nehmen hatte. Die Kubaner legten entschiedenen Wert auf den *Partisanenkampf* und griffen ihre Bruderparteien an, die entweder nichts für die Entfaltung der Guerillakämpfe taten oder aber — wie in Venezuela — solche Kämpfe abbrachen.

Ihren klarsten theoretischen Ausdruck fanden diese in schroffem Gegensatz zum Marxismus-Leninismus stehenden Auffassungen in dem 1966 verfaßten und 1967 in Havanna publizierten Buch des Franzosen Régis Débray: *Revolution in der Revolution?*¹²⁾

In den Jahren 1966, 1967 und 1968 fanden in Havanna drei internationale Kongresse statt, die weder Moskau noch die orthodoxen Kommunisten gewollt hatten und auch nicht kontrollieren konnten: die „Trikontinentale Konferenz“ vom Januar 1966, die Konferenz der neugeschaffenen Organisation Lateinamerikanischer Solidarität (OLAS) im August 1967 und der „Kulturkongreß“ vom Januar 1968. Sie dienten vor allem dazu, die „orthodoxen“ Kommunisten als Helfer der Konterrevolution

¹²⁾ Laut Débray würde die sozialistische Revolution nicht in den Städten begonnen und nicht von einer auf das städtische Proletariat gestützten, unvermeidlicherweise „verbürgerlichten“ und opportunistischen Partei geführt werden. Sie müsse aus dem in ländlichen und vor allem Berggebieten agierenden Partisanenkampf erwachsen. Die ursprünglich schwachen „Partisanen-Herde“ (focos) würden die neue Vorhut der Revolution bilden, aus denen sowohl eine revolutionäre Partei als auch eine revolutionäre Massenarmee hervorgehen würde. Näheres bei B. Goldenberg, *Kommunismus in Lateinamerika*, a. a. O., S. 379 — 384, und Wolfgang Berner, *Der Evangelist des Castro-Guevarismus*, Velbert und Kettwig 1969.

anzuprangern und die Strategie des Partisanenkampfes zu propagieren. Am Vorabend der OLAS-Konferenz, am 30. Juli 1967, erschien in der Moskauer *Prawda* ein umfangreicher, von Corvalán, dem Führer der chilenischen KP, verfaßter Artikel, der den Castrismus kritisch unter die Lupe nahm:

„Zwischen den revolutionären Strömungen, die sich im Proletariat und denen, die sich innerhalb des Kleinbürgertums entwickeln, besteht ein Band der Einheit und des gemeinsamen Kampfes. Vieles eint sie, aber einiges trennt sie auch voneinander. Die aus dem Kleinbürgertum hervorgegangenen Strömungen unterschätzen meist das Proletariat und die kommunistischen Parteien. Sie neigen zum Neutralismus, zum Abenteuerertum, zum Terrorismus und dulden gelegentlich den Antikommunismus und den Antisowjetismus. Zwischen diesen beiden Strömungen vollzieht sich ein Kampf um die Führung der Bewegung und — bis zu einem gewissen Grade auch — ein ideologischer Kampf.“

Weiter wollten die Sowjets nicht gehen, um einen Bruch mit Kuba zu vermeiden und um Castro nicht etwa noch in die Arme der Chinesen zu treiben. Guevaras tragischer Tod in den Bergen Boliviens übte auf Castro kaum mäßigenden Einfluß aus. Im Gegenteil — er schien den Radikalismus der kubanischen Revolution und ihren Haß auf die orthodoxen Kommunisten noch zu steigern. Auf dem Kulturkongreß im Januar 1968 wurden letztere von Castro selbst geradezu lächerlich gemacht, zugleich teilte er den Anwesenden auch mit, man hätte auf Kuba eine gefährliche, offenbar für Moskau arbeitende „Mikrofraktion“ entlarvt und zerschlagen. An ihrer Spitze hatte wieder Anibal Escalante gestanden, der zusammen mit anderen Altkommunisten nun verhaftet und zu einer langjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde.

Auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde der Kurs verschärft: *Arbeitspässe* wurden eingeführt, *Gesetze gegen Faulenzerei* erlassen, die das unentschuldigte Fehlen vom Arbeitsplatz jetzt mit harten Gefängnisstrafen belegten. Man startete eine Kampagne gegen „bürgerliche Laster“, zu denen z. B. die Homosexualität gehörte. Die Gefängnisse, die

Arbeits- und „Umerziehungs“-Lager füllten sich. 1967 beschloß Castro, um Havanna herum einen „landwirtschaftlichen Gürtel“ anlegen zu lassen, in dem vor allem Kaffee gepflanzt werden sollte. Anfangs wurde das Ziel auf acht Millionen Sträucher festgesetzt, nur einige Tage später aber auf 20 Millionen Stauden erhöht, und wenige Wochen darauf sogar auf 64 Millionen. Aber keines der gesetzten Ziele wurde erreicht. 1969 beobachtete Dumont, daß viele der angepflanzten Stauden verkommen waren und wieder ausgerissen werden mußten¹³⁾.

1968 wurde zum Jahr der großen „revolutionären Offensive“ erklärt, deren Ziel es war, alle noch in Privatbesitz befindlichen Betriebe zu verstaatlichen. Tatsächlich wurden binnen weniger Tage 58 000 kleine und kleinste Geschäfte — vom Friseurladen bis zum Straßenkiosk — konfisziert und verstaatlicht. Einer der führenden Castristen, Armando Hart, behauptete nach Abschluß dieser Aktion mit

Stolz, Kuba sei nun das *sozialistischste* Land der Welt geworden!

1969 wurde das Volk für die „große Zuckerernte“ mobilisiert, die 1970 eingebracht werden sollte und auf zehn Millionen Tonnen festgesetzt wurde — diese Zahl wurde zum Fetisch gemacht. Castro erklärte öffentlich, es gehe hier um die Ehre des gesamten Volkes und seiner Revolution — eine Ehre, die verspielt werden würde, sollte in diesen zehn Millionen Tonnen auch nur ein einziges Kilogramm fehlen!

Es fehlten schließlich eineinhalb Millionen Tonnen. Um aber dieses Ergebnis zu erreichen, hatte Castro die restliche Wirtschaft des Landes lahmgelegt und dem Volk ungeheure neue Opfer aufgebürdet. Kuba befand sich am Rande einer Hungersnot. Eine grundlegende Änderung des Systems war unvermeidlich geworden. Die „charismatische“ Phase der Revolution war zu Ende.

IV. Analyse der kubanischen Revolution

In seinem 1974 erschienenen — bemerkenswerten und brillanten — Buch *La Critique des Armes* schreibt Régis Débray: „Die Entstehung des kubanischen Sozialismus ist eine Revolution, die allen Regeln des gesunden Menschenverstandes und allen anerkannten Gesetzen widerspricht.“¹⁴⁾ Insofern, als Débray mit „anerkannten Gesetzen“ jene des Marxismus meint, entspricht seine Behauptung jenen Bemerkungen Fidel Castros, die dieser 1968 in einem Gespräch mit K. S. Karol ganz nebenbei machte: „Ich weiß wohl, daß dies dem Schema von Karl Marx nicht entspricht. Mit unserer Revolution haben wir die Gesetze der Geschichte verletzt. Hätten wir sie deshalb nicht durchführen sollen?“¹⁵⁾

Marxisten und vom Marxismus beeinflusste Historiker und Journalisten pflegen Revolutionen nach deren „Klassencharakter“ zu beschreiben und einzuteilen. Ein solches Ver-

fahren ist freilich aus zwei Gründen problematisch: zum ersten, weil der Begriff der sozialen Klasse auch bei Marx vage ist, und zum zweiten, weil — wie Barrington Moore jr. zu Recht bemerkt —, „jene, die einer Revolution die breite Unterstützung geben, jene, die sie führen, und jene, die von ihr profitieren, ganz unterschiedliche Menschengruppen sind“¹⁶⁾.

Um welche Revolution hat es sich nun auf Kuba gehandelt? Wem es nicht genügt, sie als *charismatisch* zu kennzeichnen, möchte sie vielleicht — in Anlehnung an Leo Trotzki — als *permanente* Revolution charakterisieren, die also als *bürgerliche* und *nationale* begonnen, dann ihren Charakter geändert hat und zur *sozialistischen* und *internationalistischen* Revolution geworden ist. Gleichwohl sagt eine solche These nicht sehr viel aus.

¹³⁾ Golendorf, a. a. O., S. 108; und Dumont, a. a. O., S. 84.

¹⁴⁾ Régis Débray, *La Critique des Armes*, Paris 1974, vol 1, S. 248.

¹⁵⁾ Karol, a. a. O., S. 477.

¹⁶⁾ Barrington Moore jr., *Social Origins of Dictatorship and Democracy*, New York 1966, S. 427.

¹⁷⁾ Wie problematisch es ist, die große Französische Revolution als „bürgerlich“ zu charakterisieren, geht aus dem Buch von Alfred Cobban, *The Social Interpretation of the French Revolution*, Cambridge University Press, 1971, hervor.

Handelte es sich — zumindest in ihrer ersten Phase — etwa um eine bürgerliche Revolution, deren Charakter in der Überwindung von „Absolutismus“ und „Feudalismus“ (zwei Begriffe, die einander übrigens widersprechen) und im Übergang der Macht an die Bourgeoisie bestehen soll? Die parlamentarisch verbrämte, von bürgerlichen Gruppen unterstützte Diktatur Batistas stellte indes keinen „Absolutismus“ dar, und ebensowenig gab es auf Kuba einen „Feudalismus“. (Die großen kubanischen Landgüter waren kapitalistische Unternehmen, die kaum etwas mit den *haciendas* anderer iberamerikanischer Länder gemein hatten.) Somit konnte man 1959 nicht von der Errichtung der Macht der „Bourgeoisie“ sprechen. Es war auch keine *Bauernrevolution*: Erstens, weil die „Bauern“ nur eine Minderheit der in der kubanischen Landwirtschaft tätigen Bevölkerung ausmachten, die in ihrer Mehrheit aus Landarbeitern bestand; zweitens, weil die Bauern zum Teil recht wohlhabende Pächter (*colonos*) waren, die durch Gesetze vor Kündigung und Vertreibung geschützt waren und deren Einkommen vom Zuckerpreis abhing; drittens, weil die „*squatters*“, jene Minderheit marginaler bäuerlicher Existenzen, die hauptsächlich in den Berggebieten der Sierra Maestra anzutreffen waren und die keinerlei Rechtsschutz gegen Vertreibung genossen, sich zwar zu einem kleinen Teil Castros Partisanen anschlossen, aber durchaus nicht revolutionär oder gar sozialistisch gesinnt waren, was Guevara 1961 offen zugab: Sie seien von kleinbürgerlichem Geist erfüllt, darauf bedacht, eigenen Boden zu besitzen, ihn frei zu vererben und sich durch den Verkauf ihrer Produkte bereichern zu können¹⁸). Gerade diese Bauern wurden zu *Opfern* der Revolution, als diese „Staatsfarmen“ schuf und die übrigen Kleinbauern strikter Kontrolle unterstellte.

Noch weniger handelte es sich um eine *proletarische* Revolution¹⁹), weder in ihrer ersten

¹⁸) Genaues Zitat in: Goldenberg, Lateinamerika und die kubanische Revolution, a. a. O., S. 322.

¹⁹) War die Russische Oktoberrevolution proletarisch? Wohl kaum. Der Autor neigt eher dazu, Maxim Gorki recht zu geben, der sie als „Werk einer zahlenmäßig winzigen Gruppe von Intellektuellen“ charakterisierte, die ein paar Tausend von

Phase noch im Verlauf ihrer Radikalisierung. Von allen Schichten der kubanischen Bevölkerung war das kubanische Proletariat am wenigsten an der Revolution beteiligt, weil es — wie die Kommunisten sagten — vom Geist des „Ökonomismus“ getragen war. In starken, oft von korrupten Funktionären geführten Gewerkschaften organisiert, waren die Arbeiter bereit, für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, aber nicht für eine sozialistische Revolution in den Kampf zu ziehen. Während der Jahre, in denen Castro von den Bergen aus um die Macht kämpfte, fand ein einziger größerer Streik statt, der Streik der Zuckerarbeiter von 1958, der für rein ökonomische Ziele geführt und — übrigens durch Eingreifen Batistas — von den Gewerkschaften gewonnen wurde. Der im April 1958 von den Castristen unternommene Versuch eines politischen Streiks gegen das Batista-Regime, der von den Kommunisten abgelehnt worden war, trat vor allem in terroristischen Akten zutage, kostete zahlreiche Todesopfer und scheiterte kläglich.

Nach dem Sieg Castros waren es vor allem Arbeitergruppen (z. B. die hochbezahlten Elektrizitätsarbeiter), die gegen Maßnahmen der revolutionären Regierung protestierten, und schon im November 1959 wurde die Gewerkschaftsbewegung, wie bereits erwähnt, gleichgeschaltet.

In dem oben zitierten Gespräch mit Karol erklärte Castro 1965: „Die Arbeiterklasse war — wie das ganze Volk — für die Revolution, aber sie war keine revolutionäre Klasse, hatte

ihr indoktrinierte Arbeiter anführte. Zit. in Adam B. Ulam, Lenin and the Bolsheviks, London 1965, S. 450.

Inwiefern war sie sozialistisch? In seinen Ende Februar 1922 geschriebenen „Notizen eines Publizisten“ zählt Lenin auf, was die Revolution bis 1922 vollbracht hatte. An erster Stelle erwähnt er: „Wir haben die bürgerliche Revolution so ‚sauber‘ wie noch nirgends in der Welt zu Ende geführt.“ An zweiter Stelle: „Wir haben den Ausweg aus dem reaktionärsten imperialistischen Krieg auf revolutionäre Weise zu Ende gebracht.“ An dritter Stelle: „Wir haben den Rätetypus des Staates geschaffen.“ Dann fügte er hinzu: „Wir haben jedoch noch nicht einmal das Fundament einer sozialistischen Ökonomie zu Ende geführt.“ Zit. bei Hermann Weber (Hrsg.), Lenin. Ausgewählte Schriften, München 1963, S. 1114/5.

keinerlei sozialistische Vision ihrer Zukunft und konnte also keine Hebamme einer neuen Gesellschaft sein. Der Sozialismus konnte nicht durch eine Diktatur des Proletariats errichtet werden.“²⁰⁾

Abgesehen davon, daß „Diktaturen des Proletariats“ sich in der Geschichte als „Diktatur über das Proletariat“ herauszustellen pflegten, muß die Feststellung Castros all jenen peinlich sein, die an der These einer *proletarischen* oder *sozialistischen* Revolution auf Kuba festhalten. Peinlich, aber nicht hoffnungslos, wenn man nur den Mut aufbringt, zu den Methoden jener „marxistisch-leninistischen“ Alchemie zu greifen, von der Débray in den folgenden Zeilen Gebrauch macht:

„Daß eine fortschrittliche Fraktion des Kleinbürgertums sich an die Stelle des Proletariats setzt, um die historischen Aufgaben der proletarischen Revolution durchzuführen, ist recht merkwürdig. Was für den orthodoxen Marxisten die kubanische Revolution zum Problem werden läßt, ist die Art und Weise, in der die proletarische Hegemonie sich nach und nach unter einer politischen Führung festigen konnte, die zu Beginn des Prozesses weder in ihrer Ideologie noch ihrer klassenmäßigen Herkunft nach proletarisch war.“²¹⁾

Die Art, wie Débray die Frage stellt, macht eine befriedigende Antwort unmöglich. Zunächst wird jenes System, das auf Kuba (oder in einem Land des Ostblocks) entstand, als „sozialistisch“ definiert, was zumindest problematisch ist. Dann wird dieser Sozialismus dem Proletariat zugeschrieben und als Ausdruck der historischen Interessen dieser Klasse erklärt. Dann wird behauptet, die nicht proletarische und ohne revolutionäre Ideologie angetretene „kleinbürgerliche“ Avantgarde habe schließlich die *proletarische Hegemonie* verwirklicht.

Das Proletariat, von dem hier die Rede ist, besteht nicht aus konkret existierenden Menschen, sondern ist eine metaphysische Konstruktion, die den Hirnen von Intellektuellen entspringt, um eine von vornherein festste-

hende Konzeption unter dem Motto: „Um so schlimmer für die Tatsachen!“ zu beweisen. Débray (und Castro) geben zu, daß in ihrem Sinn die wirklichen Proletarier Kubas nicht revolutionär waren. Sie hätten gemurrt und protestiert. Doch um wieviel stärker wären diese Proteste erst ausgefallen, hätten sie gehnt, daß sie bald des Streikrechts beraubt und gezwungen sein würden, nicht nur den Gürtel enger zu schnallen, sondern auch die Einführung von Arbeitsbüchern und die Inkraftsetzung drakonischer „Gesetze gegen Faulenzerei“ mitzuerleben.

Die kubanische Revolution war also weder eine *Klassen-* noch eine *Massenrevolution*: Die Massen spielten in ihr nur jene Rolle, die in der griechischen Tragödie dem Chor zufällt: Sie murrtten oder spendeten Beifall, sie klagten oder sie jubelten — aber sie kämpften nicht für die Revolution und bestimmten auch nie ihren Kurs. Schließlich kann diese Revolution nicht aus dem *Anti-Imperialismus* erklärt und als *nationale Befreiungsrevolution* angesehen werden. Bis 1933 stand zwar vor allem die kubanische Mittelschicht den Vereinigten Staaten feindlich gegenüber. Das änderte sich jedoch ab 1934 mit der von Roosevelt betriebenen „Politik der guten Nachbarschaft“, mit der Einführung von Schutzzöllen für die entstehende kubanische Industrie, der Schaffung einer kubanischen Nationalbank, der wachsenden Bedeutung des nordamerikanischen Tourismus, der zunehmenden „Nordamerikanisierung“ des kubanischen Lebens und — last not least — dank der hohen Löhne und Gehälter, die nordamerikanische Firmen auf Kuba ihren Arbeitern und Angestellten zahlten.

Obwohl die Insel ökonomisch von den USA abhing und politisch de facto zu einem nordamerikanischen Protektorat geworden war, war der Anti-Imperialismus in Kuba schwächer als in den meisten lateinamerikanischen Ländern. Es war also nicht etwa ein starker und verbreiteter, gegen die USA gerichteter Anti-Imperialismus, der Castro antrieb, sondern es war Castro, der den Anti-Imperialismus im Volk „von oben“ anheizte. Später gab er das selbst in einer Rede zu, die er am 26. Juli 1970 hielt. Die revolutionäre Vorhut, so sagte er, habe auch in bezug auf die USA und die nationale Unabhängigkeit in den

²⁰⁾ Carol, a. a. O., S. 476.

²¹⁾ Débray, a. a. O., S. 57.

Massen erst ein „richtiges Bewußtsein“ schaffen müssen. Wörtlich fügte er hinzu:

„Vergessen wir nicht, daß wir anfangs in unseren Gefühlen revolutionär waren, daß aber die Mehrheit unseres Volkes in den ersten Monaten des Jahres 1959 nicht einmal anti-imperialistisch gesinnt war!“

Die kubanische Revolution war also von Anfang bis Ende das Werk einer vom charismatischen Führer Fidel Castro beherrschten *Minderheit*, die nicht einmal als Partei organisiert war. Denn die „Bewegung des 26. Juli“ war eine persönliche Schöpfung Castros, die nie einen Gründungskongreß abgehalten, nie ein Programm angenommen hatte und die aus durchaus heterogenen Elementen bestand. Castro selbst verfügte weder über eine Theorie noch über konkrete Pläne. Erst im dialektischen Wechselspiel mit der Wirklichkeit, deren Natur er durch die seinem subjektiven Willen entspringenden Maßnahmen radikal veränderte, radikalisierten sich seine Ideen weiter, bis er zum „Marxisten-Leninisten“ wurde — ohne Marx je ernsthaft studiert zu haben.

Große Teile des Volkes — vor allem der Mittelschicht — verließen Kuba sehr bald, um in die USA zu flüchten. Die Massen der Unterschicht aber blieben ihm treu, weil sie an das Charisma dieses ungemein begabten Demagogen glaubten, so daß er, wie Theodore Draper es 1965 ausdrückte, seine Ideen ändern konnte, ohne seinen Massenanhang zu verlieren²²⁾. In ständigem Kontakt mit dem Volk, dem er in der ersten Zeit auf Kosten der Zukunft viele materielle Vorteile bot, wurde er in seinen Reden zu einem jener „großen Vereinfacher“, deren Zeitalter Burckhardt prophezeit hatte. Als die Zeit der materiellen Beglückung vergangen war und sich wirtschaftliche Nöte zeigten, fand er im Imperialismus den Sündenbock, den er brauchte, um dem Volk Opfer abverlangen und erklären zu können, weswegen die großen Segnungen, die er immer aufs neue versprach, nicht Wirklichkeit wurden. Während der ganzen Zeit wand-

te Castro auch die Methode einer *semantischen Manipulation* an, die er wohl instinktiv entdeckt hatte und die auf der absichtlichen Mehrdeutigkeit der von ihm in seinen Reden verwendeten Begriffe, auf der Verkündung bloßer Etappenziele als Endziele, auf Vernebelung und Verschweigen seiner Absichten sowie auf Wortschöpfungen beruhte. Es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, hier Beispiele dieser Methode zu geben. Es mag genügen, zwei Zitate anzuführen, von denen das erste vom damaligen Generalsekretär der Kommunistischen Partei Kubas (P. S. P.), Blas Roca, das zweite vom damaligen Präsidenten der Republik, Oswaldo Dorticós, der nach der Beseitigung Urrutias von Castro eingesetzt worden war, stammt.

Blas Roca sagte während der nationalen Versammlung seiner Partei in Havanna im August 1960: „Viele Dinge, die auf Kuba geschehen, werden mit neuen, ungewohnten Namen bezeichnet. Wenn diese Dinge klar beim Namen genannt worden wären, bevor sich unsere Kräfte konsolidiert hatten, hätte nichts erreicht werden können. Die List der Geschichte, der Revolution, besteht darin, neue Namen und Methoden zu erfinden, um die notwendigen Aufgaben zu verwirklichen.“²³⁾

In gleichem Sinne äußerte sich im Juni 1961 Präsident Dorticós: „Es war vor allem aus strategischen Gründen, daß bei uns keine vollendete revolutionäre Theorie formuliert wurde. Das hätte große Anstrengungen erfordert und eine ideologische Indoktrinierung vorausgesetzt, die vermieden werden konnte, bis das kubanische Volk durch die Tatsachen selbst erzogen worden war.“²⁴⁾

Zu alledem gesellte sich die *totalitäre Regime* kennzeichnende Mischung von *permanenter Mobilisierung* der Massen, *Sozialisierung der Menschen*, d. h. Aufhebung bzw. Einschränkung der Privatsphäre der Individuen, *ständiger Überwachung* jedes einzelnen und *Repression*²⁵⁾.

²³⁾ VIII Asamblea Nacional del P. S. P., La Habana 1960, S. 308.

²⁴⁾ Verde Olivo, La Habana, 21. Juni 1961.

²⁵⁾ S. dazu auch S. Haffner, a. a. O., S. 50 f.

²²⁾ Th. Draper, a. a. O., S. 127.

V. Die Normalisierung

Bereits Ende August 1968 tat Castro den ersten Schritt, um die Gunst der Sowjetführer zurückzuerobern. Er sprach sich öffentlich für den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die ČSSR aus²⁶⁾. Moskau schien nicht gleich begriffen zu haben, daß es sich hier um ein Signal, um den Beginn einer neuen Politik der Kubaner handelte, denn Castros Reden wurden in der sowjetischen Presse kaum erwähnt. Am 21. November 1968 unterschrieb Castro jedoch bereits ein Kommuniqué, in dem er sich gemeinsam mit einer Delegation der DDR gegen Revisionismus und Opportunismus wandte.

Im Juni 1969 wurde Carlos Rafael Rodriguez als kubanischer Gastdelegierter zur Weltkonferenz der kommunistischen Parteien nach Moskau entsandt, wo er erklärte, sein Land sei von der Notwendigkeit der absoluten Solidarität mit der Sowjetunion überzeugt.

Im Juli desselben Jahres wurde Kuba erstmals von einem sowjetischen Flottengeschwader besucht, dessen Besatzung sich symbolisch an der kubanischen Zuckerernte beteiligte.

Im November schließlich stattete Marschall Gretschno Kuba einen offiziellen Besuch ab. 1970, noch vor der Katastrophe der „großen Zuckerernte“, begann Castro auch mit der ideologischen Umrüstung, der Kritik an den von Kuba in der Vergangenheit verübten idealistischen Fehlern und einer Glorifizierung der UdSSR.

²⁶⁾ Das bemerkenswerte Fehlen aller ideologischen Unterstützung der Pariser Rebellen vom Mai 1968, auf die die kubanische Presse nur kurz und kommentarlos einging, kann wohl nicht als Schritt in Richtung auf die UdSSR gewertet werden. Erstaunlicher aber als die kubanische Gleichgültigkeit gegenüber den Mai-Ereignissen in Frankreich war die Haltung gegenüber der Studentenrebellion 1968 in Mexiko: Die Ereignisse riefen keine kubanische Reaktion hervor. Castro blieb stumm — einmal aus Gründen der Opportunität, denn Mexiko war jener iberamerikanische Staat, der die besten Beziehungen zu Kuba unterhielt; zweitens, weil Castro es aufgegeben hatte, an den Partisanenkampf in Lateinamerika zu glauben, weswegen er auch noch aktive Guerilla-Gruppen in Guatemala (Cesar Montes) und Venezuela (Douglas Bravo) fallenließ.

²⁷⁾ C. Mesa-Lago, a. a. O., S. 26.

Im September 1970 sagte er, es sei unmöglich, objektiv unvermeidliche Entwicklungsstufen zu überspringen, und fügte wörtlich hinzu:

„Unser größter idealistischer Fehler hat darin bestanden, zu glauben, daß eine Gesellschaft, die sich gerade erst vom Kapitalismus befreit hatte, sich nun, mit einem Sprung, in eine Gesellschaft verwandeln könne, in der sich jeder nach den Gesetzen der Moral verhalten würde.“²⁷⁾

Im Mai 1971 erklärte er, für die Entwicklung zum Kommunismus bedürfe es nicht allein eines richtigen Bewußtseins, sondern einer hinreichenden Entwicklung der materiellen Produktivkräfte. Es hieße, dem Idealismus zu verfallen, wenn man meine, die Voraussetzungen für den Sozialismus seien auf Kuba bereits gegeben²⁸⁾.

Ende 1971 bemerkte Präsident Dorticós bei einem Besuch in Moskau, Kuba sei erst dabei, die Grundlagen für den Sozialismus zu legen, während die Sowjetunion den Sozialismus bereits verwirklicht habe und dabei sei, den Kommunismus aufzubauen. Und Castro verkündete am 26. Juli 1973, Kuba sei für den Kommunismus noch nicht reif: „Wir müssen den Mut aufbringen, die idealistischen Fehler, die wir begangen haben, zu korrigieren.“²⁹⁾

1970 waren in Frankreich die kritischen Bücher von Dumont und Karol erschienen, was Castro zum Anlaß nahm, eine Kampagne gegen die beiden Autoren und ihre kubanischen Freunde und Informanten zu starten. Sie erreichte ihren Höhepunkt in der „Affäre Padilla“. Der kubanische Dichter hatte für sein Buch *Fuera de Juego* den ersten Preis einer internationalen, in Havanna tagenden Jury erhalten. Im März 1971 verdamnte Castro dieses Buch, ließ Padilla als Konterrevolutionär mit der Begründung verhaften, er habe unter anderem Karol mit Informationen versorgt. Als diese Verhaftung vor allem in Europa und Lateinamerika in linken intellektuellen Kreisen Empörung und Kritik hervorrief, wurde Padilla im April 1971 zu einer öf-

²⁸⁾ Ebd., S. 26.

²⁹⁾ Ebd., S. 28/29.

fentlichen Selbstkritik veranlaßt — ein Verfahren, das an die Stalin-Prozesse erinnert. Er gestand seine „Fehler“ ein, versprach, sich zu bessern und „bestätigte“, Dumont und Karol seien „Agenten der CIA“. Padilla wurde daraufhin begnadigt. Von da an aber wurden in Kuba alle Reste kultureller Freiheit beseitigt.

1971 wurde eine ständige sowjetisch-kubanische Kommission geschaffen, die die wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder organisieren und einen ersten kubanischen Fünf-Jahres-Plan für die Jahre 1976 — 1980 ausarbeiten sollte. Zahlreiche Spezialisten aus den Ostblockländern kamen als Wirtschafts- und Militärberater nach Kuba.

1972 trat Kuba dem COMECON bei, 1973 begann eine Umorganisation der kubanischen Streitkräfte, die erst 1976 beendet war. Die Volksmilizen verloren an Bedeutung und wurden zur Reserve der Armee erklärt. Andere Uniformen wurden eingeführt, die Streitkräfte erweitert, mit neuen Waffen ausgerüstet und hierarchisch nach sowjetischem Muster gegliedert: An ihrer Spitze standen nun zwei Vier-Sterne-Generale, die beiden Brüder Castro; sie befehligten eine in Korps, Divisionen, Brigaden etc. gegliederte Armee.

Leonid Breschnew wurde 1974 bei seinem Besuch in Havanna stürmisch gefeiert. Im Dezember 1975 trat endlich der erste Kongreß der neuen Kommunistischen Partei Kubas zusammen, der Statuten beschloß, eine Parteiführung wählte, den ihm vorgelegten Entwurf einer Verfassung und den inzwischen erarbeiteten ersten Fünf-Jahres-Plan billigte. Dem zweiten, für 1980 geplanten Parteitag soll es vorbehalten bleiben, das Programm der Partei zu beschließen. In seiner Rede auf dem Parteitag übte Castro nochmals Selbstkritik und sagte u. a.:

„Revolutionen durchlaufen meist utopische Perioden, in deren Verlauf ihre Protagonisten glauben, daß historische Ziele schnell verwirklicht werden können und daß der Wille, die Absichten und die Wünsche der Menschen unabhängig von der objektiven Bedingungen alles vollbringen können. Manchmal werden solche utopischen Meinungen von einer Verachtung gegenüber den von anderen

gemachten Erfahrungen begleitet. Die kubanische Revolution hatte von Anfang an darauf verzichtet, aus den reichen Erfahrungen anderer Völker zu lernen, die mit dem Aufbau des Sozialismus seit langem begonnen hatten. Wären wir weniger eingebildet gewesen, so hätten wir begriffen, daß die revolutionäre Theorie in unserem Lande nicht voll entwickelt war und daß es uns an geschulten Ökonomen und marxistischen Wissenschaftlern fehlte, die allein in der Lage gewesen wären, wesentliche Beiträge zur Theorie und Praxis des Sozialismus zu leisten.“³⁰⁾

Das Land wurde in 14 (vorher fünf) Provinzen und diese wiederum in insgesamt 169 Gemeinden bzw. Stadtbereiche aufgeteilt, in denen aufgrund von Vorschlägen aus der Partei lokale „Organe der Volksmacht“ gewählt wurden, die ihrerseits wiederum ihnen übergeordnete „Organe der Volksmacht“ auf Provinzebene wählten. Aus diesen ging das oberste „Organ der Volksmacht“ hervor, die *Nationalversammlung*, die aus 481 Delegierten besteht und zweimal im Jahr zusammentreten soll. Die Nationalversammlung entspricht also dem Moskauer Obersten Sowjet.

Die Nationalversammlung wählt aus ihrer Mitte einen aus 31 Mitgliedern bestehenden *Staatsrat*, dessen Vorsitzender zugleich Staatsoberhaupt und Präsident des Ministerrates ist. Die Verfassung wurde 1976 in einem Referendum vom Volk gebilligt. Es ist nicht nur eine Verfassung nach sowjetischem Vorbild, sondern auch das einzige Dokument seiner Art in der Welt, das in seiner Präambel die sowjetische Verfassung als ihr Vorbild erwähnt und die ein Drittel ihrer Artikel aus diesem Vorbild direkt übernimmt³¹⁾.

Im Rahmen dieser Arbeit ist es nicht möglich, alle 1977 vorhandenen Institutionen und ihre Kompetenzen auch nur aufzählen. Wer Anfang Januar 1979 am Fernsehschirm jene Ausschnitte des Films gesehen hat, in dem die kubanische Truppenparade zu Ehren des 20. Jahrestages der Machtergreifung Castros gezeigt wurde³²⁾, kann zum Teil schon ermessen, wie verschieden das

³⁰⁾ Ebd., S. 55.

³¹⁾ Ebd., S. 73/73.

³²⁾ Obgleich die modernen Waffen von den Russen zum größten Teil „gratis“ geliefert wurden, gab Kuba im Jahr 1970 (!) bereits mehr für das Mili-

heutige Kuba von dem ist, das zu Beginn seiner Revolution viele, vor allem junge Intellektuelle im Westen faszinierte. Was geblieben ist, ist freilich nicht allein die kubanische Landschaft, sondern auch die gewaltige festgeschriebene Zusammenballung der Macht in der Hand Fidel Castros, der nun die Funktionen und Ämter des Ersten Sekretärs der Kommunistischen Partei, des Vorsitzenden des

Staatsrats, des Staatsoberhauptes und des Oberbefehlshabers der kubanischen Streitkräfte innehat. Doch sind seiner Macht mittlerweile Grenzen gesetzt. Denn inzwischen sind in allen Bereichen des öffentlichen Lebens feste, mit Kompetenzen und eigenen Apparaten versehene Institutionen entstanden, die selbst Castro nicht mehr sprengen könnte, auch wenn er es wollte.

VI. Versuch einer Wertung

Was hat die kubanische Revolution nun erreicht? Die positive oder negative Bewertung ihrer Errungenschaften hängt von dem Maßstab ab, den der Betrachter anlegt, und von den Fakten, die für ihn relevant sind. Allerdings würde er sich seine Aufgabe zu leicht machen, wenn er die Realität von 1977/78 an den von Castro 1959 proklamierten Zielen messen und so zu einem eindeutig negativen Ergebnis kommen wollte: denn diese Ziele waren zu einem beträchtlichen Teil utopisch und sind vom Initiator und Führer der Revolution selbst als „idealistische Fehler“ charakterisiert worden. Zu leicht macht es sich aber auch jener, die Entwicklung positiv beurteilende Betrachter, der von der endgültigen Beseitigung der Korruption und der Überwindung der Arbeitslosigkeit spricht, die das vorrevolutionäre Kuba geprägt hatten³³). „Korruption“ kann viele, auf den ersten Blick nicht sichtbare Formen, z. B. der „Vetternwirtschaft“, annehmen. Ferner erreichen zwar alle (oder fast alle) Systeme, die sich sozialistisch nennen, eine Vollbeschäftigung; deren Realisierung bedingt jedoch oft eine große Ausweitung der Bürokratie und führt fast immer zu einem starken Absinken der Produkti-

vität³⁴). Selbst wenn es heute auf Kuba keine Korruption gäbe, wie sie z. B. in der UdSSR grassiert³⁵), die noch nicht konsolidierte Oberschicht über keinerlei materielle Privilegien verfügte und alle „Erwerbsfähigen“ tatsächlich auch Arbeitsplätze hätten, würde dies nicht allzuviel über die soziale und wirtschaftliche Realität des Landes aussagen.

Worin liegen aber die wesentlichen Unterschiede zwischen dem heutigen Kuba und dem der vorrevolutionären Epoche? Zunächst darin, daß die Revolution einen kleinen, von knapp zehn Millionen Menschen bevölkerten Staat zu einem wichtigen Machtfaktor der Weltpolitik gemacht hat. Das revolutionäre Kuba vermochte dem Druck der USA zu widerstehen und den mächtigen Nachbarn zu „friedlicher Koexistenz“ zu zwingen, auch nachdem Kuba begonnen hatte, revolutionären Bewegungen und Staaten in Afrika massiv mit Waffen, Soldaten und Spezialisten zu helfen³⁶), eine Hilfe, die nicht nur sowjetischen Wünschen, sondern auch dem Willen der kubanischen Führung entspricht, die schon in den sechziger Jahren begonnen

tär als für das Erziehungs- und Gesundheitswesen aus, was manche erstaunen mag, aber den Zahlen entspricht, die Fidel Castro am 26. Juli 1970 bekanntgab. In eben diesem Jahr habe sich das Militärbudget auf 350 Millionen Pesos belaufen, während für Erziehung 291 Millionen und für die Volksgesundheit 236 Millionen ausgegeben wurden (Granma, 27. Juli 1970).

³³) Einer Untersuchung zufolge, die 1957 von Sozialwissenschaftlern und Statistikern durchgeführt wurde, waren 16,4 Prozent aller Erwerbstätigen ständig arbeitslos und 6,1 Prozent ständig unterbeschäftigt. S. Goldenberg, Lateinamerika, a. a. O., S. 194.

³⁴) Es könnte durchaus sein, daß es auch heute für die kubanische Wirtschaft durchaus charakteristisch ist, was ein Nationalökonom als Krebsübel der prärevolutionären Wirtschaft feststellte, nämlich eine „geradezu phantastische Vergeudung von Produktionsfaktoren“. Julio Alienis y Urosa, Características fundamentales de la Economía Cubana, La Habana 1959, S. 129.

³⁵) Siehe dazu Hedrick Smith, Die Russen, Bern-München 1976.

³⁶) Zur Afrikapolitik der Russen siehe Wolf Grabendorf, Kubas Engagement in Afrika, Stiftung Wissenschaft und Politik, München, Dezember 1978.

hatte, auf dem schwarzen Kontinent aktiv zu werden.

Kuba war imstande, diese expansive Politik zu treiben, weil es der Führung gelang, den wirtschaftlichen Zusammenbruch, der 1970 drohte, zu vermeiden, das materielle Lebensniveau des Volkes seit 1968/70 zu heben, und weil sie über die zahlenmäßig stärksten, am besten ausgebildeten und ausgerüsteten Streitkräfte Iberoamerikas verfügt. Freilich verdankt Kuba seine militärische Macht und seine wirtschaftliche Gesundung der aktiven Unterstützung der Sowjetunion und der Ostblockstaaten, ohne deren Hilfe die Revolution nicht hätte überleben können, und der sie ihre ehemalige „häretische“ Ideologie opferte.

Seit seinem Beitritt zum COMECON gehört Kuba zum Ostblock, obzwar Castro nach wie vor behauptet, zu den „Blockfreien“ zu zählen. Die vor der Revolution angestrebte „nationale Unabhängigkeit“ ist also nicht erreicht worden, schon deshalb nicht, weil ein solches Ziel in unserer Welt utopisch wäre. Tatsächlich ist Kuba gegenwärtig vom Ostblock weit abhängiger, als es dies je von den USA war, auch wenn diese Abhängigkeit aus ideologischen Gründen eher verherrlicht als gebrandmarkt wird. Sie wird jedoch bereits von *beiden* Partnern — der UdSSR und Kuba — vor allem wegen der daraus erwachsenden Kosten als allzu groß betrachtet. Vor diesem Hintergrund sind die jüngsten Versuche der Kubaner, ihre Beziehungen auch zu den Vereinigten Staaten zu „normalisieren“, sowohl als im Interesse der Kubaner wie auch der Sowjetunion liegend zu verstehen — ebenso wie die begonnene Öffnung Kubas für nordamerikanische Touristen und sogar für Vertreter multinationaler Firmen wie Alcan, ICI, Westinghouse, Gulf-Oil, Nestle oder Mitsubishi, die im Herbst 1977 nach Havanna kamen, um geheime Verhandlungen mit verantwortlichen kubanischen Stellen zu führen.

In wirtschaftlicher Hinsicht kann die Entwicklung nicht als sonderlich positiv angesehen werden. Wer die wohl nicht immer zuverlässigen offiziellen Statistiken der Kubaner liest, die in einigen, aber durchaus nicht in allen Sparten beträchtliche Produktionssteigerungen aufweisen, darf weder vergessen, daß Kuba 1959 nicht eines der ärmsten,

sondern das viertreichste Land Lateinamerikas war³⁷⁾ und daß seine Bevölkerung in den letzten zwei Jahrzehnten um etwa 60 Prozent zugenommen hat. Beginnt man, die Produktionszahlen auf Pro-Kopf-Basis umzurechnen und — wo es möglich ist — mit denen des Jahres 1958 zu vergleichen, wird man feststellen, daß die Zuwächse in vielen Produktionsbereichen gering sind oder ganz fehlen.

„Wir können uns in materieller Hinsicht keine ehrgeizigen Ziele setzen und sollten versuchen, im Verlauf der nächsten zehn Jahre ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von sechs Prozent pro Jahr zu erreichen,“ erklärte Castro mit ungewohnter Bescheidenheit am 26. Juli 1973³⁸⁾. Tatsächlich sieht der erste Fünf-Jahres-Plan (1976 bis 1980) ein solches Wachstum vor. Auch wenn er mit Erfolg verwirklicht werden sollte, woran manche Fachleute wegen der schlechten Ergebnisse der Jahre 1976/77 zweifeln, wird Kuba zu Beginn des nächsten Jahrzehnts weder seine Abhängigkeit vom Zucker noch seine Unterentwicklung überwunden haben. Die größten Erfolge hat die Revolution auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge und der öffentlichen Erziehung zu verzeichnen. Allerdings sollten auch die Fortschritte bei der Erziehung nicht überbewertet werden. Abgesehen davon, daß rein quantitative Kriterien nicht ausreichen, um Erfolge im kulturellen Bereich festzustellen, nehmen auf Kuba bei weitem nicht alle schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen auch tatsächlich am Unterricht teil; viele, die zur Schule gehen, lernen wenig und werden von unzureichend qualifizierten Lehrern unterrichtet; sie verlassen die Schule ohne Abschluß. Viele der neugegründeten Fachschulen werden nur von sehr wenigen Schülern besucht³⁹⁾.

Der dritte Kongreß des Kommunistischen Jugendverbandes stellte bereits im April 1972 fest, die Jugend sei „ideologisch schwach und ungenügend diszipliniert“; ihr Verantwortungsbewußtsein sei unterentwickelt, die Bewunderung für ausländische Produkte und die

³⁷⁾ Näheres bei Goldenberg, Lateinamerika, a. a. O., S. 175 ff.

³⁸⁾ C. Mesa-Lago, a. a. O., S. 60.

³⁹⁾ Ebd., S. 102—106.

Sehnsucht nach Luxus nach wie vor groß⁴⁰⁾. Die in London erscheinende Wochenschrift *Latin America* berichtete Mitte 1978, die kubanischen Behörden hätten der wachsenden Jugendkriminalität den Krieg erklärt. Zwar sei die Kriminalität geringer und die Straßen der kubanischen Städte nachts sicherer als in anderen Ländern Lateinamerikas; andererseits aber habe der für die Polizei zuständige General Enio Leiva der Nationalversammlung berichtet, Delikte wie Diebstahl und Raub hätten seit 1972 zugenommen und andere, die man überwunden geglaubt hatte, z. B. die Prostitution, seien wieder aufgetaucht⁴¹⁾. Es ist Castro also nicht gelungen, einen neuen Menschen zu schaffen; aber warum sollten die Kubaner in 20 Jahren das erreichen, was die Russen in 60 Jahren und die Chinesen in 30 Jahren nicht fertiggebracht haben?

Die Erringung einer internationalen Machtstellung, die zumindest seit 1970 eingetretene Verbesserung der Versorgung des Volkes, die (vermutlich) gerechtere Verteilung des Sozialprodukts, die Herabsetzung der Analphabetenrate von ehemals 24 auf vier Prozent, die Ausweitung der allgemeinen Schulpflicht, die Eröffnung neuer Schulen, die Fortschritte auf dem Gebiet des Gesundheitswesens sind gewiß positive Leistungen der Revolution. Welches aber ist der Preis, den das kubanische Volk dafür zahlen mußte? Die Errichtung einer totalitären Diktatur, die keine legale Opposition gestattet, keine Presse-, Versammlungs- oder Koalitionsfreiheit und auch keine von der Exekutive getrennte richterliche Gewalt kennt; ein System, in dem Kunst und Literatur strikter Kontrolle unterworfen sind, in dem es die Todesstrafe nicht nur weiter gibt, sondern die auch an 16jährigen Vollzogen werden darf; in dem jeder Bürger überwacht und in dem selbst „bürgerliche Laster“ wie Homosexualität bestraft werden, in dem Willkür an die Stelle von Gesetzen getreten ist und Tausende, zuweilen Zehntausende in Gefängnisse oder Umerziehungslager gesteckt werden, in denen grauenvolle Zustände herrschen.

Der Preis erscheint reichlich hoch . . .

⁴⁰⁾ Ebd., S. 103/4.

⁴¹⁾ *Latin America* — Political Report, vol. XII, Nr. 28, 21. Juli 1978, S. 219.

Die totalitäre Diktatur mag schärfer oder milder werden, sie kann sich aber schon deshalb nicht in eine Demokratie verwandeln, weil die kubanische Führung das, was wir mit Demokratie meinen, als rein formal und verlogen ansieht, während sie die UdSSR als ideales Modell des „sozialistischen Staats“ verherrlicht.

Peinlich bleibt freilich, daß Castro selbst bis 1959 dem Volk versprochen hatte, eben diese von ihm heute als verlogen und formalistisch verfemte pluralistische Demokratie zu verwirklichen, nachdem er den Kampf gegen Batista auch unter diesem Banner geführt hatte.

Weil er etwas anderes geschaffen hat als das, was er versprochen hatte, kann die kubanische Revolution als weiteres Exempel jenes allgemeinen Gesetzes aller Revolutionen gelten, das der britische Autor D. W. Brogan 1951 in seinem Buch *Der Preis der Revolution* ganz nebenbei formulierte: „Keine Revolution führt das durch, was sie in ihrem Programm verspricht. Sie mag mehr erreichen oder weniger weit gehen. Gewiß aber wird sie vieles vollbringen, was ihre Führer weder versprochen noch gewollt haben.“

Als dieser Beitrag bereits im Satz war, erhielt ich das Buch von Armando Valladares, *Prisonnier de Castro*, ed. Grasset, Paris 1979. Diese erschütternde Publikation wirft ein neues Licht auf den kubanischen „Archipel Gulag“ und die Lage seiner Insassen.

Der Kern des Buches besteht aus herausgeschmuggelten Gedichten und Briefen eines gläubigen Christen, der sich am Kampf gegen Batista beteiligt hatte, jedoch bereits im Dezember 1960 als Antikommunist verhaftet und ohne ordentliche Gerichtsverhandlung zu 30 Jahren Freiheitsentzug verurteilt wurde. Seit 1974 ist Valladares wegen der in der Haft erlittenen Behandlung an den Rollstuhl gefesselt und fristet sein Leben in einem engen, heißen, fast lichtlosen Kerker. Seine ins Französische übersetzten Gedichte schildern seine Gefühle und Erlebnisse, unter anderem die Grausamkeiten der Wächter, die Mitgefangene erschossen, mit Bajonetten erstochen, mit Knüppeln erschlagen oder auch totgetrampelt haben.

Das Buch wird von Pierre Golendorf (der Valladares 1963 in einem kubanischen Gefängnis

kennengelernt hatte) eingeleitet und ist mit einem Nachwort des ukrainischen dissidenten Wissenschaftlers Leonid Pliochtch versehen, der aufgrund einer Intervention der KP Frankreichs aus der UdSSR ausreisen konnte.

Golendorf zählt 23, zum Teil neu erbaute Gefängnisse und 56 namentlich aufgeführte Konzentrationslager auf. Diejenigen politischen Gefangenen (etwa 20 000), die bereit sind, sich „umerziehen“ zu lassen, tragen blaue Sträflingsanzüge, und diejenigen, die sich nicht „umerziehen“ lassen, gelbe Sträflingsanzüge. Eine dritte Kategorie, der harte Kern der Unbelehrbaren, ist nur mit Unterwäsche bekleidet.

Diese „calzoncillos“ dürfen weder Post noch Besuche empfangen. Die meisten von ihnen (aber auch die „Gelben“) haben praktisch keine Chance, je wieder die Freiheit zu erlangen, obwohl sie zu Strafen von „nur“ zehn, 20 oder 25 Jahren verurteilt wurden. „Amnesty International“ scheint von alledem keinerlei Kenntnis zu nehmen, obschon auch Valladares in Briefen an einen prominenten Vertreter dieser Organisation diese grauenvollen Zustände schilderte und Carlos Montaner, ein entflohener politischer Gefangener, das gleiche in einem in spanischer Sprache erschienenen Buch (das Golendorf auszugsweise zitiert) ausführlich beschreibt.

Wolf Grabendorff: Entwicklungsperspektiven und Entwicklungspole Lateinamerikas

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/79, S. 3—17

Lateinamerikas Entwicklung seit der kubanischen Revolution läßt sich als „Stabilität der Instabilität“ beschreiben. Obwohl durch das Nebeneinander sehr unterschiedlicher Entwicklungsstufen von einem einheitlichen Entwicklungstrend kaum gesprochen werden kann, hat das internationale Gewicht der Region und insbesondere seiner Schlüsseländer (Mexiko, Brasilien, Venezuela, Argentinien und auch Kuba) überproportional zugenommen. Demgegenüber hat die regionale Kooperation nicht die erwarteten Erfolge für die jeweiligen Volkswirtschaften und die Region insgesamt erbracht. Die Politik der abhängigen Industrialisierung hat bisher relativ instabile Wirtschaftssysteme entstehen lassen, deren mangelnde Ausrichtung auf die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung sich in den gleichfalls instabilen politischen Systemen widerspiegelt.

Von wachsender Bedeutung sind die regionalen Entwicklungspole Lateinamerikas, deren Einfluß vornehmlich auf ihrer relativen politischen Stabilität, ihrer wirtschaftlichen Potenz und ihrer internationalen Anerkennung beruht. Entwicklungspole erster Ordnung sind Mexiko und Brasilien, zu denen Venezuela und Argentinien als Entwicklungspole zweiter Ordnung in gewisser Konkurrenz stehen. Zur Einschätzung des Gewichts der Entwicklungspole müssen folgende Faktoren berücksichtigt werden: die internen (z. B. die Systemstabilität), die intraregionalen (z. B. der Einfluß als Machtzentrum), die interamerikanischen (z. B. die Beziehungen zu den USA) und die extraregionalen (z. B. die Stellung im internationalen System). Danach haben Mexiko und Brasilien relativ günstige Aussichten, ihre Position als Entwicklungspole auszubauen, während Venezuelas Stellung weniger gefestigt ist und Argentinien nur unter Einschränkungen als Entwicklungspol gelten kann. Zehn Thesen zur Entwicklung Lateinamerikas bieten einen Ausblick auf die achtziger Jahre.

Boris Goldenberg: Die kubanische Revolution 1959—1976. Darstellung und Analyse

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/79, S. 19—37

Die kubanische Revolution, die nach einem Prolog der im Dezember 1956 mit der Landung Castros auf Kuba begann, im Januar 1959 voll einsetzte, endete 1976/77 mit ihrer „Institutionalisierung“. Sie ist einzigartig und paßt in keines der traditionellen Interpretations-schemata — am wenigsten in ein marxistisches. Sie kann weder als „bürgerliche“ noch als „Bauern-“ noch als proletarische noch auch als „antiimperialistische“ Revolution begriffen werden. Der folgende Beitrag versucht ihr „Wesen“ zu deuten; dabei unterscheidet er zwei große Perioden:

1. Die — ganz vom subjektiven Willen des Führers Castro bestimmte — „charismatische“ Periode, die in mehreren Phasen verlief und die mit der Katastrophe der Zuckerernte von 1970 endete.
2. Die Periode der „Veralltäglichung des Charisma“ in Gestalt einer Institutionalisierung nach sowjetischem Muster.

Zum Schluß wird versucht, eine Bilanz der Gesamtentwicklung zu ziehen, aus der hervorgeht, wie sehr das Ergebnis der Umwälzung von den ursprünglichen Erwartungen der Revolutionäre und ihrer Sympathisanten abweicht. — Ein Nachtrag, in dem der Verfasser das Anfang 1979 in Paris erschienene Buch von Armando Valladares „Prisonnier de Castro“ vorstellt, wirft einiges Licht auf jene Kehrseite der kubanischen Wirklichkeit, von dem die Besucher der revolutionären Insel nichts wissen bzw. nichts wissen wollen.